Die in Seebach zurückgebliebenen französischen Soldaten trieben weiterhin ihr Unwesen und setzten – unter anderem durch neue Vergewaltigungen – die Bevölkerung von Seebach in Angst und Schrecken. Sie bekamen am 18. April noch Verstärkung, denn an diesem Tag kam ein Trupp von Marokkanern mit ihren Maultieren von Ottenhöfen nach Seebach zurück. Deren Anblick löste bei den Seebachern jedoch nicht nur Entsetzen aus, sondern verhalf ihnen auch zur Erheiterung, denn die Marokkaner hatten trotz Sonnenschein die im Kaufhaus Steimle in Ottenhöfen gestohlenen Schirme aufgespannt, als sie in Seebach ankamen.

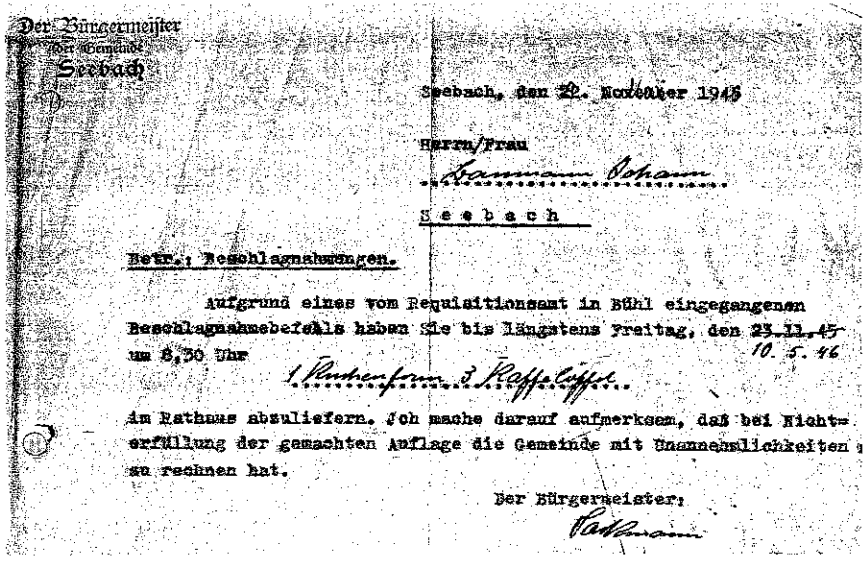
Der 18. April 1945, der in Seebach mit der Erschießung des Berthold Fallert begann, endete für viele Bewohner dieses Ortes damit, daß sie mit Entsetzen den roten Feuerschein am Himmel beobachteten, der seinen Ausgangspunkt in Freudenstadt nahm, wo die Franzosen nach dem Verstreichen eines Ultimatum Feuer gelegt hatten. An diesem Tag endete für die Bevölkerung Seebachs auch der Zweite Weltkrieg, d.h. runde drei Wochen vor dem offiziellen Kriegsende, und die leidvolle Besatzungs- und Nachkriegszeit nahm ihren Anfang.



# *IV. Die Aufwärtsentwicklung Seebachs nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1990)*

## *1. Französische Besatzungszeit, Überwindung von Notsituationen und erste Anzeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs*

Nachdem die Gemeinde Seebach am 17. April 1945 von französischen Truppen eingenommen worden war, bestimmten die in Seebach verbliebenen Franzosen das Leben in der Gemeinde nach ihren Vorstellungen und ihrem Gutdünken. Zunächst waren es noch Angehörige der vornehmlich aus Marokkanern zusammengesetzten Kampfverbände, die von ihren Seebacher Standorten und von der auf der Hornisgrinde eingerichteten Station der Bevölkerung Seebachs weiterhin Angst und Schrekken einflößten. Sie machten nicht nur durch Diebstähle, Raub, Brandschatzungen (z.B. wurde am 30. Juli 1945 das Rasthaus Hornisgrinde ein Opfer der Flammen), Sachbeschädigungen und Beschlagnahmungen auf sich aufmerksam, sondern auch durch fortdauernde Belästigungen und Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen. Bereits in den ersten Tagen der Besatzungszeit wurden nicht weniger als 18 Vergewaltigungen in See-



Der Bürgermeister
der Gemeinde
Seebach

Seebach, den 22. November 1945

Herrn/Frau
Baumann Johann
Seebach

Betr.: Beschlagnahmungen.

Aufgrund eines vom Requisitionsamt in Bühl eingegangenen Beschlagnahmebefehls haben Sie bis längstens Freitag, den ~~23.11.45~~ 10. 5. 46 um 8,30 Uhr
1 Bettenform 3 Kaffeelöffel
im Rathaus abzuliefern. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei Nichterfüllung der gemachten Auflage die Gemeinde mit Unannehmlichkeiten zu rechnen hat.

Der Bürgermeister:
Fallert

bach registriert,[1] die bei der Bevölkerung dieser Gemeinde große Empörung auslösten. In ihrer Verzweiflung und im Bewußtsein allgemeiner Ohnmacht erflehte man die Hilfe Gottes. Auf Veranlassung der Gemeinde verkündete Pfarrer Herr am Sonntag, dem 24. April 1945, von der Kanzel der Pfarrkriche ein Gelübde des Inhalts, daß man als Dankeszeichen eine Kapelle erbauen werde, wenn weitere Vergewaltigungen in Zukunft nicht mehr vorkämen.

Zunächst schien es nicht so, als ob sich das Gelübde positiv auswirken würde, denn als am 27. April 1945 Seebach offiziell eine etwa 50 Mann starke französische Besatzung mit einem Kommandanten erhielt, die sich aus jungen, undisziplinierten Leuten der französischen Widerstandsbewegung gegen das NS-Regime rekrutiert hatte, trieben auch diese ihr Unwesen in der Gemeinde. Pfarrer Herr führte deshalb ein längeres Gespräch

*Franz Herr, Pfarrer von Seebach 1938-1952.*

mit dem französischen Kommandanten von Seebach. In dessen Verlauf versprach der französische Offizier dem als alleinige Autorität in der Gemeinde anerkannten Pfarrherrn, er werde für Abhilfe sorgen. Noch am gleichen Abend wolle er zur Hornisgrinde hochfahren und den dort stationierten Marokkanern jegliche Übergriffe auf die Bevölkerung Seebachs

1) Pfarrarchiv Seebach: Aufzeichnungen von Pfarrer Herr

*Die Nothelfer-Kapelle am Schwarzenkopf (Zeichnung von G. Remus).*

verbieten. Ein Schuß von oben sollte das Zeichen sein, daß der Kommandant erfolgreich auf die Soldaten eingewirkt habe. Tatsächlich hallte kurze Zeit später der angekündigte Schuß durch das Seebachtal. Von diesem Zeitpunkt an kamen keine Vergewaltigungen und Übergriffe mehr vor.[2]

Die Bevölkerung Seebachs nahm am 29. September 1945 an einem Dankgottesdienst mit Wallfahrt zur Mummelseekapelle teil. Das Gelübde konnte sie jedoch erst im Jahre 1948 einlösen, denn es mußten bei „ungünstigen Zeitverhältnissen" viele Dinge geklärt werden, bis man am 13. Juni 1948 den Grundstein zur Nothelferkapelle am Schwarzenkopf legen konnte.

Zu den anfänglichen Aufgaben des französischen Ortskommandanten von Seebach gehörte nicht nur, dafür zu sorgen, daß sich die ihm unterstellten französischen Besatzungssoldaten gegenüber der Bevölkerung Seebachs korrekt verhielten, sondern auch, sämtliche Spuren der nationalsozialistischen Herrschaft in Seebach zu beseitigen. Letzteres führte dazu, daß die nationalsozialistischen Funktions- und Mandatsträger ihrer Ämter

2) ebd.

enthoben wurden und zusammen mit einigen anderen Aktivisten in Sammellager gebracht wurden, wo sie im Rahmen der Entnazifizierung schwere Stunden und Tage zu ertragen hatten. Der erste Schritt bei der „Reinigung der Gemeindeverwaltung" bestand darin, daß Bürgermeister Fridolin Knapp am 4. Mai 1945 durch Verfahren der Militärregierung Bühl abgesetzt wurde. Er mußte – laut Säuberungsbescheinigung vom 29. Dezember 1948 –[3] keine zusätzlichen Sühnemaßnahmen über sich ergehen lassen, denn er wurde in die Reihe der politischen Mitläufer eingruppiert.

Zum Nachfolger von Fridolin Knapp bestimmten die Franzosen noch am 4. Mai 1945 den 45 Jahre alten Wegwart und Holzhauer Karl Sackmann, der sich während des Dritten Reiches mutig als Gegner des Re-

*Bürgermeister Karl Sackmann (1945-1969).*

gimes zu erkennen gegeben hatte. Dem tüchtigen neuen Ortsvorstand, der zunächst nur als „provisorischer Bürgermeister" fungieren durfte, wurde in Pfarrer Herr jener Mann zur Seite gestellt, dem die Franzosen das größte Vertrauen in der Gemeinde Seebach schenkten. So verwundert es nicht, daß Pfarrer Franz Herr im ersten Besatzungsjahr als „außerordentliches Beiratsmitglied" des ebenfalls von den Franzosen neu eingesetzten Seebacher Gemeinderats großen Einfluß auf das Geschehen in der Gemeinde Seebach nehmen mußte und konnte.[4] Die sechs neuen Gemein-

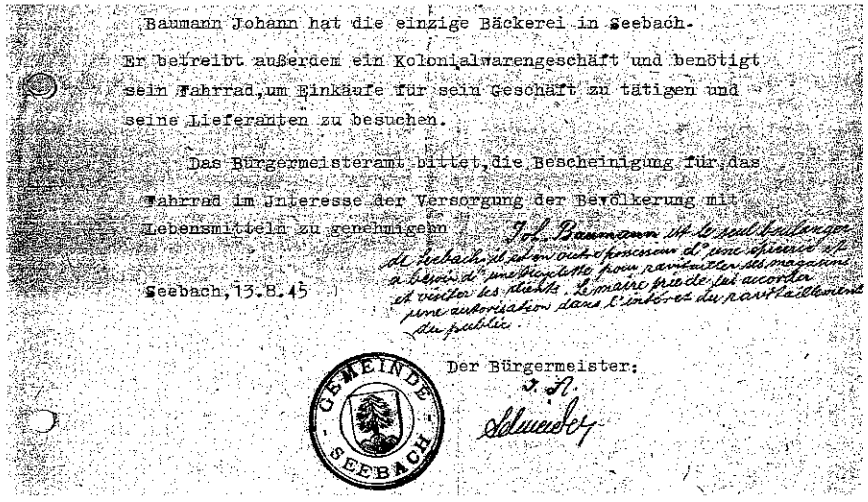
3) GAS: Akten IV,2 Nr. 34
4) GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (z.B. Protokoll vom 10. September 1945)



deräte – es waren Franz Josef Springmann, Bernhard Decker, Andreas Rösch, Josef Decker, Mathäus Huber und Hermann Bohnert – waren wie Bürgermeister Sackmann Männer, die in den Jahren 1933-1945 auf Distanz zum NS-Regime gegangen waren und somit als Mandatsträger in Frage kommen konnten.[5]

Zu den von der Freiburger „Reinigungskommission abgesetzten Seebacher Gemeindebediensteten zählte ebenfalls Ratschreiber Andreas Schneider, da er dieses Amt auch während der NS-Zeit wahrgenommen hatte. Er durfte jedoch im Mai 1948 den Ratschreiberdienst offiziell wieder aufnehmen, nachdem er zuvor durch einen Berufungsausschuß rehabilitiert worden war.[6]

Eine wichtige Funktion in der vorwiegend mit neuen Kräften besetzten Gemeindeverwaltung Seebach hatte Fräulein Klara Armbruster inne, denn sie war als Leiterin der Kartenstelle Seebach gleichsam der Chef des „örtlichen Ernährungs-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsamtes".[7] Da die schwierige Lebensmittelversorgung der Gemeinde Seebach für die meisten Bewohner nur durch fest zugeteilte Rationen über Lebensmittelkarten einigermaßen gewährleistet werden konnte, mußte die Leiterin der Kartenstelle von den etwa 1100 Empfangsberechtigten (im Juli 1946 waren es genau 644 Normalverbraucher und 429 Teilselbstversorger)[8] unter an-



Baumann Johann hat die einzige Bäckerei in Seebach.
Er betreibt außerdem ein Kolonialwarengeschäft und benötigt sein Fahrrad, um Einkäufe für sein Geschäft zu tätigen und seine Lieferanten zu besuchen.

Das Bürgermeisteramt bittet, die Bescheinigung für das Fahrrad im Interesse der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu genehmigen.

Seebach, 13.8.45

Der Bürgermeister:
i. A.
Schneider

GEMEINDE SEEBACH

5) ebd.
6) ebd. (25. Januar 1947, 18. Mai 1948)
7) GAS: Ernährungsamt Bühl: Prüfungsbericht vom September 1946
8) ebd.

derem jeweils die ausgefüllten Haushaltungsblätter anfordern, daraus den Lebensmittelbedarf ermitteln, die errechneten Bedarfszahlen an das Bezirksernährungsamt in Bühl weiterleiten, dort die Lebensmittelkarten abholen und sie in Seebach an die Empfangsberechtigten ausgeben, ferner jeden Monat die Lebensmittelkarten abrechnen.

Darüber hinaus war Fräulein Armbruster zuständig für die ordnungsgemäße Ablieferung von Lebensmitteln (u.a. Getreide, Kartoffeln, Groß- u. Kleinvieh, Milch, Eier), von der die meisten der etwa 230 Vollselbstversorger der Gemeinde Seebach betroffen waren. Gerade auf diesem Gebiet gab es immer wieder Reibereien, Unstimmigkeiten und Unterstellungen. Beispielsweise veröffentlichte die Zeitung „Der Neue Tag" am 13. November 1946 unter der Unterschrift „Kartoffelaffären" folgenden Artikel: „Seebach. Die Ernährungslage im Kreis Bühl beginnt kritisch zu werden. In den Reihen der Arbeiterschaft macht sich eine wachsende Erbitterung gegen das Wirtschafts- und Ernährungsamt bemerkbar. Warum? Zum Beispiel darum: In Seebach sollte ein Bauer 8 Zentner Kartoffeln abliefern. Er erklärte, er sei außerstande – im Höchstfall sei er in der Lage, sage und schreibe drei Zentner abzugeben. Die übrigen fünf benötigt er wahrscheinlich für seine drei Schweine. An Milchablieferung denkt der alte Pg. (= Parteigenosse der NSDAP) überhaupt nicht."[9] In derselben Ausgabe der genannten Zeitung wird auf einen anderen Mißstand im Rahmen der Ernährungsbewirtschaftung hingewiesen. Es heißt dort nämlich: „Nach der Verordnung des Landwirtschaftsministeriums dürfen Einkellerungskartoffeln nur an solche Verbraucher ausgegeben werden, die unter 2 ar Anbaufläche besitzen. In Seebach aber setzt man sich über diese Regierungsverordnung hinweg und gibt Kartoffeln an Familien mit über 4 ar Anbaufläche. Das Resultat ist, daß verschiedene Arbeiter überhaupt keine Kartoffeln bekommen..."

Bürgermeister Sackmann und die Kartenstellenleiterin Armbruster ließen diese Anschuldigungen des erwähnten Presseorgans nicht unwidersprochen. Am 15. November 1946 schrieben sie deshalb an das Landratsamt Bühl, der Artikelschreiber habe die Zeitungsnotiz verfrüht und vermutlich auf Straßengeschwätz hin, ohne sich zu überzeugen, aufgegeben. Die Wirklichkeit sehe so aus, daß die Seebacher Kartoffelerzeuger, welche mit acht Zentnern zur Ablieferung veranlagt worden seien, ihr Soll restlos abgeliefert hätten. Aus Gründen, die allseits bekannt seien (= sehr schlechte Erträge), könnten einige Landwirte aus Seebach aber das auferlegte Ablieferungssoll nicht restlos erfüllen. Dagegen seien Landwirten, bei denen eine größere Anbaufläche festgestellt worden sei als diejenige, die man bei der Anbauflächenerhebung angegeben habe, zusätzliche Ablieferungen aufgebürdet worden:[10]

9) GAS: Kartoffelaffären 1946 der Gemeinde Seebach



Das Ortsoberhaupt konnte sich jedoch nicht immer schützend vor die ablieferungspflichtigen Landwirte aus Seebach stellen, die verständlicherweise manche harte gesetzliche Bestimmung zu ihren Gunsten zu umgehen suchten. In wenigen Fällen mußte Sackmann mitansehen, wie übergeordnete Stellen nach gründlichen Nachprüfungen aufgedeckte Versäumnisse ahndeten. Als Beleg hierfür dient das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 28. Juli 1947,[11] in dem es heißt: „Schwere Strafen gegen säumige Milchablieferer sind bereits in unserer Gemeinde ausgesprochen worden".

Die allgemein schlechten Verhältnisse und sicherlich nicht einzelne Nachlässigkeiten bei der Ablieferungspraxis waren – das sei nachdrücklich betont – die Hauptursache dafür, daß die Ernährungslage in der Gemeinde Seebach für viele Bürger lange Zeit angespannt war. Aufgrund dessen gab der Landrat seinem Beauftragten die Anregung, auch in Seebach eine Notstandsküche einzurichten. Diese Notstandsküche sollte „den besonders Notleidenden über die schlimmste Zeit hinweghelfen".[12]

Die Durchführung, Verwaltung und Betreuung dieses Projektes wurde einem speziell dafür gebildeten Komitee übertragen, das seinerseits auf die Mithilfe der örtlichen CARITAS-Gruppe angewiesen war.

Zu den „besonders Notleidenden" der Gemeinde Seebach zählten neben den kinderreichen Arbeiterfamilien, den Arbeitslosen und einigen Heimkehrern aus der Kriegsgefangenschaft vor allem Flüchtlinge und Evakuierte, die in verhältnismäßig großer Zahl der Gemeinde Seebach von 1945 bis in die beginnenden fünfziger Jahre zugewiesen wurden.[13]

Angesichts der schwierigen Ernährungslage nimmt es nicht wunder, daß auch in Seebach in den ersten Nachkriegsjahren der „Schwarze Markt" blühte. Gar mancher trennte sich von wertvollen Gegenständen, um dafür Lebensmittel einzutauschen. Einzutauschende Sachwerte wurden als Währungseinheiten wichtiger als das Geld, das seinen Wert in zunehmendem Maß verlor. Die ganze Entwicklung lief darauf hinaus, daß die Waren in Seebach wie auch anderswo aus der allmählich wieder anlau-

10) ebd.
11) GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (28. Juli 1947)
12) ebd. (25. Februar 1947)
13) vgl. GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (z.B. 15. April 1950, 23. August 1949, 24. Oktober 1948)

fenden Produktion vielfach dem Verkauf vorenthalten blieben und nur im Tausch abgegeben wurden. Eine wirtschaftliche Gesundung war infolgedessen ohne Währungsreform nicht möglich, die schließlich am 18. Juni 1948 in den drei Westzonen verkündet wurde. 10 Reichsmark waren nun 1 DM wert. Neue Geldscheine wurden ausgegeben, wobei jeder Einwohner zunächst 40 DM ausgezahlt erhielt.

Auch in der Gemeinde Seebach wirkte sich die Währungsreform so aus, daß viele Sparer ihr Vermögen verloren und zunächst einmal fast mittellos waren. Die positiven Ergebnisse der Währungsreform ließen den Geldverlust jedoch bald vergessen, denn schon wenige Monate später konnte die Rationierung der meisten Industrieerzeugnisse und der Lebensmittel aufgehoben werden, Produktion und Handel belebten sich unversehens, die Seebacher Stein- und Holzbetriebe produzierten wieder mit Gewinn und schufen neue Arbeitsplätze.

Im Rahmen dieser Entwicklung verbesserte sich auch die finanzielle Situation der politischen Gemeinde Seebach, die nach der Währungsreform auf einer schmalen Grundlage stand, wie folgendes Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 26. Juli 1948 zu erkennen gibt: „Der Bürgermeister", so wurde vermerkt, „berichtet über die Finanzlage der Gemeinde, die durch die Währungsreform entstanden ist. Auf Grund der Einnahmeaufstellung für das Dotationsverfahren steht der Gemeinde ein Ausstattungsbetrag von rund 8300 DM zu, wovon 3700 DM der Gemeindekasse ausbezahlt sind".[14]

Die allmähliche Besserstellung der Gemeindefinanzen befähigte die Gemeindeverwaltung unter der umsichtigen Leitung von Bürgermeister Sackmann und den 1948 neu gewählten Seebacher Gemeinderat zur Verwirklichung dringend notwendiger Maßnahmen, die die Aufwärtsentwicklung aus Not und Elend förderten. An vorderster Stelle im Maßnahmenkatalog der Gemeinde standen der Bau und die Bereitstellung von Wohnungen, an denen es angesichts der Rückkehr von Soldaten und der Aufnahme von Flüchtlingen, Evakuierten und französischen Besatzungssoldaten sehr mangelte. Beim Sichten der Gemeinderatsprotokolle der ersten Nachkriegsjahre fällt auf, daß der Seebacher Gemeinderat größte Anstrengungen unternahm, um dieses Problems Herr zu werden. Bereits in der ersten Gemeinderatssitzung nach dem Kriege (10. September 1945) befaßten sich Bürgermeister Sackmann und die Gemeinderäte mit der Unterbringung von Evakuierten und der Freihaltung von Wohnungen für heimkehrende Soldaten. Dabei wurde folgender Beschluß gefaßt: „Evakuierten ist ein Wohnungswechsel innerhalb der Gemeinde nicht gestattet. Freiwerdende Wohnungen sind beim Bürgermeister sofort zu melden und für hiesige heimkehrende Soldaten bereitzuhalten".[15] Mit Rücksicht auf die bestehende Wohnungsnot und aufgrund der wachsenden Zahl der Ostflüchtlinge beschloß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 29. März 1950 den Bau eines größeren Wohnhauses durch die Gemeinde auf einem gemeindeeigenen Grundstück.[16] Der von Architekt Breig erstellte Kostenvoranschlag belief sich auf 49.580 DM. Die Finanzierung wurde durch die Aufnahme eines zinsgünstigen Darlehens in Höhe von 30.000 DM bei der Badischen Landeskreditanstalt gesichert.[17] Nach Fertigstellung dieses Bauvorhabens konnten sechs Flüchtlingsfamilien mit Wohnraum bedacht werden.

Eine schwierige Aufgabe bestand auch darin, Wohnraum für die französischen Besatzungssoldaten zu beschaffen, die in Seebach mit ihren Familien bis 1950 stationiert waren. Einen deutlichen Beleg hierfür liefert folgende Mitteilung, die der Kartenstellenkreisprüfer in seinen Prüfungsbericht vom 6. September 1946 aufgenommen hat. Sie lautet: „Von Mai bis August 1945 hatte der Ort Seebach ca. 50 Mann Militärbesatzung und nunmehr ca. 16 französische Familien mit ca. 40 Köpfen. Immerhin muß jedoch erwähnt werden, daß die Besatzung und auch die jetzige Einquartierung die Gemeindeeinsässigen und die Gemeindeverwaltung um deren Wünsche- und Ansprücheerfüllung oftmals vor Rätsel stellte und nicht unwesentliche Kosten verursachte".[17]

Für eine Entlastung auf dem Wohnungsmark sorgten neben der Gemeindeverwaltung auch Seebacher Privatleute, die sich schon in den Jahren 1950 und 1951 angesichts des wirtschaftlichen Aufstiegs in der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland für Umbau- und Neubaumaßnahmen entschieden. Der Gemeinderat von Seebach gab in jener Zeit immer wieder sein Einverständnis zu Baugesuchen Seebacher Bürger, die ihrerseits bei der Gemeindeverwaltung um günstige Baudarlehen des Landes nachsuchten.[18] Unter den Bauwilligen befanden sich auch Seebacher Gastwirte, die beim Gemeinderat um „Erteilung der Erlaubnis zur Beher-

14) ebd. (26. Juli 1948)

15) ebd. (10. September 1945)
16) ebd. (29. März 1950, 8. Juni 1950, 18. Juni 1950)
17) GAS: Ernährungsamt Bühl: Prüfungsbericht vom September 1946
18) GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (u.a. 8. Juni 1950, 13. August 1950, 6. November 1950, 24. Februar 1951, 15. Dezember 1951)

bergung von Gästen" baten.[19] Letzteres ist ein klares Indiz dafür, daß sich im Zuge der wirtschaftlichen Besserstellung zu Beginn der fünfziger Jahre auch der Fremdenverkehr neu entfalten konnte, der durch die am 26. April 1953 erfolgte Gründung des „Verkehrsvereins Seebach" nachhaltig gefördert wurde.

Günstige Rahmenbedingungen für die Bevölkerung der Gemeinde Seebach wurden in den endenden vierziger und den beginnenden fünfziger Jahren nicht nur auf dem Wohnungsbausektor geschaffen, sondern auch in mehreren anderen Bereichen. So beschloß der Gemeinderat im Juni 1947 den Umbau des Schul- und Rathauses, im Januar 1949 den Ausbau der Grimmerswaldstraße, im Frühsommer 1949 die Bereitstellung von Mitteln zur Anschaffung neuer Kirchenglocken, im Februar 1951 den Bau eines Wasserbehälters und die ausreichende Zuleitung von Trink- und Brauchwasser in die einzelnen Haushalte, ferner im Juli 1952 die Neuanlage des Friedhofes.[20] Zur Bewältigung all dieser Projekte erhielt die Gemeinde Seebach mitunter Staatszuschüsse. Sie mußte aber auch zum Mittel der Steuererhöhung greifen; dies geschah im März 1949 erstmals nach dem Kriege durch die Anhebung der Grundsteuer.[21]

Der zu Beginn der fünfziger Jahre auf breiterer Basis aufgekommene Optimismus wirkte sich in Seebach nicht zuletzt dahingehend aus, daß man den staatstragenden Parteien und der im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerten demokratischen Grundordnung große Sympathie entgegenbrachte. Das Wahlergebnis bei der Bundestagswahl vom 6. September 1953 dokumentiert dies auf eindrucksvolle Art und Weise. Von den 795 abgegebenen gültigen Zweitstimmen entfielen nicht weniger als 609 (= 76,6%) auf die CDU, die unter der Führung von Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer stand. Die übrigen staatstragenden bzw. staatsbejahenden Parteien mußten sich mit einem geringen Stimmenanteil begnügen: Die SPD erhielt 97 (= 12,2%), die FDP 37 (= 4,7%) und der BHE (Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten) 17 (2,1%) der Stimmen. Der staatsverneinenden KPD (Kommunistische Partei Deutschlands) fühlten sich nur 17 Bürger Seebachs (= 2,1%) verpflichtet.[22]

Bei den Kommunalwahlen der Jahre 1948 und 1953 stellten sich in Seebach nur Kandidaten mit demokratischer Grundeinstellung zur Verfügung. Den wahlberechtigten Bürgern bot sich dabei folgende Alternative: Sie konnten sich entweder für Kandidaten der CDU oder für Kandidaten der von Fritz Möller initiierten Wählervereinigung „Freie Bürger" bzw. für solche der CDU und der „Freien Bürger" entscheiden.[23] Die Kandidaten, die 1948 zu Gemeinderäten gewählt wurden, waren: Wilhelm Haas, der gleichzeitig zum Beigeordneten bestimmt wurde, Franz Josef Springmann, Bernhard Fischer, Bernhard Schnurr, Mathäus Börsig und Anton Rothmeier.[24]

Dem neugewählten Gemeinderat stand in der Person von Karl Sackmann seit 1948 nicht mehr ein „provisorischer Bürgermeister" vor, sondern ein am 5. Dezember 1948 von den Bürgern Seebachs direkt gewählter Bürgermeister. Der CDU-Kandidat Karl Sackmann hatte bei dieser ersten Bürgermeisterwahl nach dem Zweiten Weltkrieg 390 Stimmen, sein Gegenkandidat Wilhelm Haas von der Wählervereinigung „Freie Bürger" 233 Stimmen erhalten.[25]

Neben denjenigen Bürgern Seebachs, die im politischen Bereich Verantwortung übernahmen, prägten auch Persönlichkeiten, die sich der Vereinsarbeit widmeten (Näheres hierzu im Kapitel V), Lehrer der Volksschule Seebach und vor allem die beiden Pfarrherren Herr und Kiehnle das Bild der Gemeinde in den ersten Nachkriegsjahren. Pfarrer Herr war nicht nur ein vorbildlicher Seelsorger in einer Zeit, als die religiöse Gesinnung bei der Bevölkerung besonders eindrucksvoll verankert war, sondern auch ein taktisch kluger Akteur im Umgang mit der französischen Besatzungsmacht. Pfarrer Kiehnle, der 1952 nach Seebach berufen wurde, wirkte 35 Jahre in dieser Gemeinde und wurde dank seiner menschlichen und beruflichen Qualitäten von der Bevölkerung Seebachs überaus geschätzt. So verwundert es nicht, daß ihm anläßlich seines 25. Ortsjubiläums die Ernennung zum Ehrenbürger Seebachs zuteil wurde.

19) ebd. (8. Juni 1950)
20) ebd. (17. Juni 1947, 15. Januar 1949, 24. Februar 1951, 31. Juli 1952); Protokollbuch des Kath. Stiftungsrates Seebach (26. Juni 1949)
21) ebd. (20. März 1949)
22) GAS: Akten XIII Nr. 116

23) GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (24. Oktober 1948); GAS: Akten IV, 2 Nr. 30
24) GAS: Protokollbuch des Gemeinderats von 1932-1960 (Protokolle 1948 ff.)
25) GAS: Bürgermeisterwahlen

## 2. *Verwirklichung zahlreicher Projekte zum Wohl der Gemeinde und Bemühen um die Erhaltung schulischer und kommunaler Selbständigkeit in der Ära des Bürgermeisters Karl Sackmann*

Die Entwicklung der kleinen Gemeinde Seebach in den fünfziger und sechziger Jahren unseres Jahrhunderts ist nur zu verstehen im Rahmen der Entwicklung, die die 1949 ins Leben gerufene Bundesrepublik Deutschland genommen hat. Durch eine Politik der engen Anlehnung an die westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges erhielt die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1955 die volle Souveränität. Die im Land stationierten Truppen der Amerikaner, Engländer und Franzosen waren keine Besatzungstruppen mehr. Folglich ergab sich auch zwischen den auf der Gemarkung Seebach stationierten französischen Soldaten, deren Familien und den Bürgern Seebachs eine neue Rechtslage. Die Franzosen hatten sich bereits in den Jahren 1949 und 1950 aus den ehemals beschlagnahmten Wohnungen in Seebach entfernt und behielten nur noch den Mummelsee bzw. das Mummelseehotel und den Hornisgrindekamm in ihrer Hoheitsgewalt. Aber auch diese Kompetenz engten sie im Jahre 1956 ein, denn zu diesem Zeitpunkt räumten sie den Mummelsee und das Mummelseehotel und zogen sich ganz auf den Hornisgrindekamm zurück.

Eine an marktwirtschaftlichen Prinzipien orientierte Wirtschaftspolitik führte in den fünfziger Jahren zu einem starken Wirtschaftsaufschwung: Die Zahl der Arbeitsplätze, die Reallöhne und somit der Lebensstandard steigerten sich gewaltig, hohe Exportüberschüsse und eine relative Preisstabilität hatten mehrere Aufwertungen der Deutschen Mark zur Folge. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik wurden ebenfalls bundesweit bedeutende Maßnahmen getroffen: Die Heimatvertriebenen konnten integriert und der Wohnungsbau und die Rentenreform gefördert werden.

Die wirtschaftliche und soziale Aufwärtsentwicklung in den fünfziger Jahren, die allgemein als „deutsches Wirtschaftswunder" bezeichnet wird, machte man sich auch in der Gemeinde Seebach zunutze. Es war das Bestreben des tatkräftigen Bürgermeisters Sackmann, im Einklang mit einem stets aufgeschlossenen Gemeinderat und der Mehrheit der Bürger aus Seebach eine moderne Wohngemeinde zu machen, in der das Gewerbe und der Fremdenverkehr, aber auch die traditionsreiche Landwirtschaft das Rückgrat bildeten. Verfolgt man die Pläne und Ziele des Bürgermeisters und des Gemeinderats ab der Mitte der fünfziger Jahre, dann läßt



sich feststellen, wie zügig die Gemeinde Seebach den Anschluß an die Moderne gewann.

Der stetig anwachsende Wohlstand, der alle Schichten der Bevölkerung Seebachs erreichte, sorgte dafür, daß das Steueraufkommen der Gemeinde deutlich anstieg, so daß Mittel zur Verfügung standen, um die ins Auge gefaßten Projekte zu verwirklichen. Sie reichten jedoch nicht aus, um allen Zielsetzungen gerecht zu werden. Aus diesem Grunde setzte sich der Bürgermeister immer wieder dafür ein, staatliche Zuschüsse zu erhalten und günstige Darlehensverträge mit einzelnen Geldinstituten auszuhandeln.

Trotz der vielen Vorhaben, die in die Tat umgesetzt wurden, verlor die Gemeindeverwaltung nie das Augenmaß und ließ die finanziellen Belastungen nicht ins Uferlose anwachsen. So konnte der Bürgermeister z.B. am 8. November 1956 feststellen: „Die Finanzen der Gemeinde sind in Ordnung. Infolge des zu erwartenden Gewerbesteuerrückgangs ist jedoch Vorsicht und Sparsamkeit am Platze".[1] An der vernünftigen Finanzpolitik hielt man auch in den sechziger Jahren fest, d.h. in jenem Jahrzehnt, in dem die Durchfühung von Bauvorhaben riesige Ausmaße angenommen hatte. Den diesbezüglichen Beleg liefert z.B. ein Eintrag ins Gemeinderatsprotokollbuch vom 26. Januar 1967. Es heißt dort: „Der Bürgermeister hob besonders hervor, daß der ordentliche Haushalt im Entwurf bei 443.270 DM Einnahmen und ebensoviel Ausgaben ausgeglichen werden konnte. Erwähnenswert ist, daß wir die Verschuldungsgrenze von 10 v.H. noch nicht erreicht haben".[2]

Die Bürger Seebachs honorierten die ausgewogene Politik, die „auf dem Rathaus" gemacht wurde, durch den großen Vertrauensbeweis, den sie bei Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen ihren Repräsentanten entgegenbrachten. Bei der Bürgermeisterwahl des Jahres 1957 wurde Karl Sackmann mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt; sein Gegenkandikat Fridolin Knapp mußte sich dem Wählervotum fügen und zog schließlich seinen Einspruch gegen die Wiederwahl Sackmanns zurück.[3] Auch bei den Gemeinderatswahlen, bei denen jeweils die CDU und die „Freien Bürger" eine Liste einreichten, konnten sich stets mit wenigen Ausnahmen jene Gemeinderäte behaupten, die schon seit Jahren Verantwortung für die Gemeinde getragen hatten. Zu dieser Gruppe von

1) Diese Fakten wurden den Protokollbüchern zu den Gemeinderatssitzungen entnommen; GAS: Band 1932 - 1960, Band 1960 - 1967, Band 1967 - 1970
2) ebd.
3) Augenzeugenbericht (Dez. 1989)

*Blick auf Seebach. Aufnahme aus den 60ger Jahren des 20. Jahrhunderts.*

Gemeinderäten gehörten der langjährige stellvertretende Bürgermeister Franz Josef Hils, Matthäus Börsig, Wilhelm Haas, Franz Josef Springmann, Anton Rothmeier, Philipp Ernst, Fridolin Knapp, Hermann Schnurr, Leo Glaser, Franz Huber, Josef Knapp und Artur Breig.[4)]

*Wege- und Straßenbau*

Der Gemeinderat von Seebach unter dem Vorsitz von Bürgermeister Karl Sackmann war in den fünfziger und sechziger Jahren häufig aufgerufen, Entscheidungen im Bereich des Wege- und Straßenbaus zu treffen. Das Wege- und Straßennetz von Seebach mußte nicht zuletzt deshalb ausgebessert und erweitert werden, weil in den beiden genannten Jahrzehnten der Straßenverkehr enorm anwuchs und immer mehr Bürger Seebachs sich einen Privatwagen leisten konnten, mit dem sie zu ihren mitunter weit abgelegenen Häusern fahren wollten. Der aus Seebach stammende Bauunternehmer Wilhelm Huber, der in den fünfziger Jahren in Ottenhöfen ein großes Bauunternehmen aufgebaut hatte, legte mit wenigen Ausnahmen jeweils die preisgünstigsten Angebote vor, so daß fast alle Wege- und Straßenbaumaßnahmen der Gemeinde Seebach von dieser Baufirma durchgeführt wurden. Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre konnte auch das im Grimmerswald angesiedelte Baugeschäft Alois und Alfred Fallert einige Aufträge bekommen, die die Gemeinde Seebach zu vergeben hatte.[1)]

Im Jahre 1954 wurde der 1953 begonnene Ausbau eines Teilstücks der Grimmerswaldstraße mit dem Auftragen einer Asphaltdecke abgeschlossen. Ein weiteres Teilstück dieser Straße (von der Acherbrücke bis zur Kurve unterhalb des Hauses Sackmann) ließ die Gemeinde im Jahre 1956 ausbauen. Mit einem Kostenaufwand von nicht weniger als 140.000 DM wurde 1957 der lange geplante Wegebau in den Ortsteil Markteich in Angriff genommen. In den Jahren 1960 und 1961 konnte in zwei Bauetappen die Zufahrtsstraße zum Wildenberg angelegt werden. Zwei Jahre nach Fertigstellung der Wildenbergstraße vergab der Gemeinderat den Auftrag zum Ausbau des Wirtschaftsweges im Gewann Busterbach. 1966 wurde mit dem Ausbau der Sommerseiter Straße und mit dem Teilausbau des Scherzenteichweges begonnen. Ferner konnte in den Jahren 1967/68 die Schwarzenkopfstraße ausgebaut und mit einer Teerdecke versehen werden.[2)]

Erwähnt sei schließlich noch, daß der 1963 vom Straßenbauamt angelegte Gehweg entlang der Ruhesteinstraße vom Hotel Sternen in Ottenhöfen bis zum Schwarzenkopf auf Initiative der Gemeinde Seebach gebaut wurde, wobei die Gemeinde Seebach den Gehweg innerhalb der Ortsdurchfahrt selbst finanzierte.[3)]

*Erschließung neuen Baugeländes*

Die der dörflichen Infrastruktur dienlichen Wege- und Straßenbaumaßnahmen mußten zwangsläufig mit der Erschließung neuen Baugeländes verbunden werden. Nicht nur die örtlichen Gewerbebetriebe verlangten Schritte in diese Richtung, sondern auch die immer größer gewordene Zahl der Bauwilligen. Letztere sollten durch die Baulanderschließung dar-

4) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (12. Juli 1967)

1) Diese Fakten wurden den Protokollbüchern zu den Gemeinderatssitzungen entnommen; GAS: Band 1932-1960, Band 1960-1967, Band 1967-1970
2) ebd.
3) Augenzeugenbericht (Dez. 1989)

an gehindert werden, die Gemeinde Seebach zu verlassen. In der Gemeinderatssitzung vom 12. Juli 1967 wurde dieses Problem deutlich angesprochen, denn im Sitzungsprotokoll heißt es: „Der Bürgermeister-Stellvertreter unterrichtete den Gemeinderat über die intensiven Bemühungen der Gemeinde, endlich einmal irgendwo Baugelände erwerben zu können, um die Abwanderung der jungen Bauwilligen weitestgehend zu stoppen."[4] Bürgermeister Sackmann führte über Jahre hinweg mit vielen Grundstückseigentümern Verhandlungen, um sie zum Geländeverkauf zu bewegen. Nicht immer war sein Bemühen mit Erfolg gekrönt. Ein Beispiel vom Jahre 1967 möge dies erhärten. Im Sitzungsprotokoll des Gemeinderats vom 6. September 1967 ist zu lesen: „Der Bürgermeister hat auch erneut Verhandlungen mit dem Landwirt Franz Xaver Schnurr geführt bezüglich Erwerb eines Grundstückes zum Zwecke der Baulanderschließung und hat ihm das Grundstück in Großweier zum Tausch in Aussicht gestellt. Herr Schnurr ist nicht gewillt, diesen Tausch einzugehen".[5]

Der große Durchbruch zur Baulanderschließung in Seebach erfolgte im Herbst 1967. Am 6. September dieses Jahres beschloß der Gemeinderat die Begehung des Bauerwartungslandes am Wildenberg. Bei der Begehung waren auch Landrat Dr. Großmann und Bezirksbaumeister Riehle anwesend. Die beiden Herren des Landratsamtes Bühl vertraten dabei die Auffassung, der Wildenberg sei zur Baulanderschließung sehr ungünstig, da die Erschließung viel zu kostspielig sei und somit später die Bauplätze sehr teuer zu erstehen kämen. Überdies erleide die Schönheit der Landschaft durch die Bebauung der steilen Hanglage beträchtliche Einbußen.[6] Trotz der für den Bürgermeister und die Gemeinderäte negativen Stellungnahme der Herren vom Landratsamt Bühl ließ Bürgermeister Sackmann eine zweite Begehung auf den 4. November 1967 anberaumen. Der Teilnehmerkreis setzte sich diesmal aus dem Bürgermeister, dem Bauunternehmer Wilhelm Huber (Ottenhöfen), den Gemeideräten Franz Josef Hils und Wilhelm Haas sowie Ratschreiber Franz Kern zusammen. Gegen Ende der Begehung gesellte sich noch der Grundstückseigentümer Franz Xaver Schnurr hinzu. Man erwog alle guten Möglichkeiten der Erschließung dieses Geländes und kam schließlich zu dem Ergebnis, daß die Schwierigkeiten doch nicht ganz so groß seien wie ursprünglich angenommen".[7] Bauunternehmer Huber erhielt von Bürgermeister Sackmann den Auftrag, für die neu in das Gelände zu bauende Straße einen Kostenvoranschlag auszuarbeiten. Bürgermeister Sackmann machte es sich im Einvernehmen mit dem Gemeinderat zur Aufgabe, „das Verfahren weiterzuverfolgen und voranzutreiben".[8] Am 5. Dezember 1967 beschloß der Gemeinderat schließlich, einen Bebauungsplan für den Ortsteil Wildenberg erstellen zu lassen, und zwar durch das Ingenieurbüro Zink in Lauf.[8] Nachdem die behördlichen Genehmigungen zu diesem Bebauungsplan eingegangen waren und Franz Xaver Schnurr zum Verkauf des Grund und Bodens bereit war, konnte man mit den Baumaßnahmen beginnen.

Die ersten Häuser im Neubaugebiet Wildenberg wurden im Jahre 1971 bezugsfertig. Bis heute sind dort nicht weniger als 36 Häuser gebaut worden.

*Ortskanalisation und zentrale Wasserversorgungsanlage*

Die größten und finanziell aufwendigsten Projekte, die die Gemeinde Seebach in den sechziger Jahren zum Wohle ihrer Bürger in die Tat umsetzte, waren der Bau der Ortskanalisation und der zentralen Wasserversorgungsanlage. Die Abwasserbeseitigung war über Jahrhunderte hinweg Angelegenheit eines jeden Hauseigentümers gewesen. Hauseigene Jauchegruben mit Überläufen ins Gelände oder in den Bach nahmen die Abwässer und Fäkalien auf, die in der Regel zweimal jährlich in die Gärten, auf Äcker und Wiesen ausgefahren wurden. Das Trinkwasser entnahmen die einzelnen Haushaltungen mehreren auf der Gemarkung Seebach gefaßten Quellen, d.h. eine zentrale Wasserleitung mit Trink- und Brauchwasser aus Quellen, deren Wasser in Hochbehältern gesammelt und aufbereitet sowie durch ein Netz von Wasserleitungen in die Häuser gelangt, war zwar ein lang gehegter Wunsch der meisten Bürger Seebachs, konnte aber erst dann von der Gemeinde in Angriff genommen werden, als die finanziellen Voraussetzungen dazu durch die Bereitstellung von Geldern der Gemeinde, von Bundesmitteln, Landesbeihilfen und günstigen Darlehen geschaffen waren.

Die Planungsarbeiten für die Ortskanalisation vergab der Gemeinderat von Seebach in seinen Sitzungen vom 7. April und 25. Mai 1960 an das

4) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (12. Juli 1967)
5) ebd. (6. September 1967)
6) ebd. (14. November 1967)

7) ebd.
8) ebd.

Ingenieurbüro Roß in Achern zum Preis von 4000 DM.[1] In der Zeitspanne von 1961 bis 1968 erfolgten die Ausschreibungen der Kanalisationsarbeiten für vier Bauabschnitte. Die Arbeiten für den ersten Bauabschnitt in Vorderseebach übertrug der Gemeinderat am 8. Februar 1961 der Baufirma Wilhelm Huber, die auch die Arbeiten an den beiden folgenden Bauabschnitten durchführte. Den Zuschlag für den vierten Bauabschnitt erhielt am 2. August 1968 die Baufirma Fallert im Grimmerswald.[2]

In seiner Sitzung vom 23. Januar 1964 diskutierte der Gemeinderat die wichtige Frage, ob bezüglich der Abwasserbeseitigung eine gemeindeeigene Kläranlage gebaut werden solle oder ob es sinnvoll sei, die Seebacher Abwässeranlage an diejenige der Gemeinde Ottenhöfen anzuschließen. Aus Kostenersparnisgründen entschied man sich schließlich für die zweite Lösung.[3]

Zur Verringerung der Schuldenlast, die der Gemeinde durch den Bau der Ortskanalisation entstand, einigte man sich im Gemeinderat auch darauf, daß die beitragspflichtigen Grundstücke einen einmaligen Grundbeitrag von 8% des Gebäudeversicherungswertes (Werte 1914) „für den Ausbau der öffentlichen Abwasseranlagen" leisten mußten.

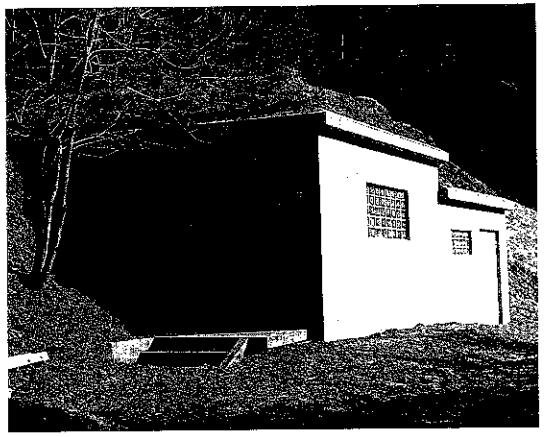
Die Initiative zum Bau einer zentralen Wasserversorgungsanlage für die Gemeinde Seebach ergriff der Gemeinderat im Jahre 1963. In der Sitzung vom 19. Juni dieses Jahres beauftragten die Gemeinderäte Bürgermeister Sackmann, er möge mit Oberforstmeister Gnändinger vom staatlichen Forstamt Ottenhöfen bezüglich der Fassung der oberhalb der Kernhofstraße vorhandenen Quellen verhandeln und die Planung der Wasserversorgungsanlage für den Ortsteil Seebach in die Wege leiten.[5] Ein Jahr später, genauer gesagt am 13. August 1964, traf der Gemeinderat auch eine Entscheidung hinsichtlich der Trinkwasserversorgung der Ortsteile Grimmerswald und Busterbach. Im diesbezüglichen Sitzungsprotokoll heißt es hierzu: „Die Trinkwasserversorgung der Ortsteile Grimmerswald und Busterbach soll unabhängig von der zentralen Wasserversorgung der Gemeinde Seebach durchgeführt und das von der Pumpstationsanlage zur Verfügung stehende Wasser genutzt werden".[6]

1) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 (7. April und 25. Mai 1960)
2) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 und 1967-1970 (u.a. 8 Februar 1961, 18. Oktober 1961, 20. Mai 1964, 23. Januar 1964, 2. August 1968)
3) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 (23. Januar 1964)
4) ebd. (26. April 1961)
5) ebd. (19. August 1963)
6) ebd. (13. August 1964)



Nachdem die Verhandlungen mit den staatlichen Behörden erfolgreich abgeschlossen und das Ingenieurbüro Zink in Lauf die Planungen vorgelegt hatte, konnte der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 24. November 1965 die Rohrgrabenarbeiten und den Auftrag zum Bau eines Hochbehälters vergeben. Drei Firmen, nämlich Adolf Keller von Steinbach, Wilhelm Huber aus Ottenhöfen und Alois und Alfred Fallert von Seebach, wurden mit der Erledigung der entsprechenden Arbeiten beauftragt.[7] Im Frühjahr 1967 waren die Arbeiten, die eine Gesamtsumme von 1.350.533,62 DM erforderten, abgeschlossen. Zur Finanzierung dieser gewaltigen Summe erhielt die Gemeinde Staatszuschüsse und zinsverbilligte Darlehen (u.a. von der Spar- und Kreditbank Ottenhöfen).[8] Überdies mußte jeder Anschließer an das Leitungsnetz DM 300,– an die Gemeindekasse entrichten. Nicht zuletzt deshalb bekam die Gemeindeverwaltung Ärger mit einigen Hausbesitzern, die den Zwang zum Anschluß an die zentrale Wasserversorgung für unrechtmäßig hielten.

Am 26. April 1967 konnte der Ratschreiber folgenden Sachverhalt im Sitzungsprotokoll festhalten: „Obwohl der Hochbehälter noch nicht ganz



*Wasserhochbehälter Seebach.*

fertiggestellt ist, also auch noch nicht mit Wasser gefüllt werden kann, ist dennoch schon seit Wochen das gesamte Rohrnetz mit Wasser aus den gemeindeeigenen Quellen gefüllt. Es sind schon mehrere Häuser in Seebach, die an der neuen Leitung angeschlossen sind und ihren täglichen Wasserbedarf daraus beziehen. Der Wasserdruck bereitet jedoch mit den

7) ebd. (7. Dezember 1965)
8) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (26. April 1967)

großen Höhenunterschieden einige Schwierigkeiten." Der vom Gemeinderat bestimmte Wassermeister Josef Weber und die hinzugezogenen Fachleute verstanden es, in verhältnismäßig kurzer Zeit die erwähnten Anfangsschwierigkeiten zu meistern, so daß die Gemeinde Seebach seit Sommer 1967 in den ungetrübten Genuß der Annehmlichkeiten der zentralen Wasserversorgung kam.[9)]

*Müllabfuhr*

Fortschritte wurden in Seebach in der Amtszeit von Bürgermeister Karl Sackmann auch auf dem Gebiet der Müllbeseitigung erzielt. Noch in den fünfziger Jahren war es üblich, daß die Bürger Seebachs den von ihnen produzierten Müll selbst beseitigen mußten. Dabei kam es häufig vor, daß Müll auf dem eigenen Grund und Boden abgelagert wurde oder daß illegale Mülldeponien im freien Gelände entstanden. Hin und wieder diente auch der Bach als Müllplatz.

Um diese Mißstände aufzuheben, ließ die Gemeindeverwaltung einen gemeindeeigenen Müllplatz im Dürrenwald anlegen und den Hausmüll regelmäßig durch das Fuhrunternehmen Hermann Schneider (Knappenhöfe) abholen.[1)]

Im Jahre 1968 wurde der Seebacher Müllplatz vom Landratsamt fehlgesprochen und sollte mit Ablauf des Jahres 1968 geschlossen werden, obwohl er – nach Ansicht des Bürgermeisters und des Gemeinderates – noch 8-10 Jahre hätte genutzt werden können.[2)]

Zu dem Zeitpunkt, als der Seebacher Müllplatz fehlgesprochen wurde, reifte der Plan zur Gründung eines Zweckverbandes zur Müllbeseitigung im Kreis Bühl, wogegen sich die Gemeinde Seebach energisch wehrte. Ein Gemeinderatsbeschluß vom 29. Mai 1969 plädierte dafür, daß die Gemeinde Seebach die Müllbeseitigung weiterhin privatrechtlich regeln solle.[3)] Das Landratsamt Bühl entsprach diesem Ansinnen und duldete die gemeindeeigene Müllbeseitigung bis zum Jahre 1972. Am 1. Oktober 1972 mußte sich die Gemeinde Seebach jedoch endgültig dem Zweckverband zur Müllbeseitigung des Kreises Bühl anschließen und den Müllplatz im Dürrenwald schließen.[4)]

9) ebd. (10. Mai 1967, 28. Juli 1967)
1) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (11. April 1967)
2) ebd. (11. Dezember 1968)
3) ebd. (29. Mai 1969)
4) Mitteilungen von Ratschreiber F. Kern (Sept. 1989)



*Förderung des Fremdenverkehrs*

Mit Nachdruck förderte die Gemeindeverwaltung den Fremdenverkehr, der sich seit den fünfziger Jahren zu einer beachtlichen Einnahmequelle der Bürger Seebachs entwickelte. Das Interesse der Gemeindeverwaltung an diesem Wirtschaftszweig dokumentierte Bürgermeister Sackmann nicht zuletzt dadurch, daß er sich von 1953 bis 1963 immer wieder zum 1. Vorstand des Verkehrsvereins Seebach wählen ließ und in dieser Funktion entscheidende Impulse zur Entwicklung des Fremdenverkehrs im Mummelseedorf Seebach gab. Im Gemeinderat, der sich ebenfalls stets aufgeschlossen für die Belange des Fremdenverkehrs zeigte, wurden mehrere Entscheidungen getroffen, die dem Fremdenverkehr zugute kamen. Erwähnt seien einmal die Zuschüsse, die die Gemeinde z.B. zur Anfertigung der beiden Ortsprospekte von 1956 und 1964, zur Herausgabe einer Wanderkarte, zur Aufstellung von Ruhebänken, zur Anlage von Geh- und Wanderwegen und zur Werbung mit Inseraten in Zeitungen gab. Zum andern wurden von der Gemeinde selbst Projekte in Angriff genommen, die direkt oder indirekt unter dem Gesichtspunkt „Fremdenverkehr" finanziert wurden. So ließ die Gemeinde im Jahre 1962 einen Sport- und Spielplatz auf einer Wiese anlegen, die Rudolf Bohnert pachtweise zur Verfügung gestellt hatte.[1)]

Im Jahre 1967 nahm schließlich der Plan zur Anlage eines Kurgartens Gestalt an: Im Frühjahr dieses Jahres stellte der Verkehrsverein Seebach den Antrag an die Gemeindeverwaltung, sie möge in der Dorfmitte den Schulgarten als eine Anlage herrichten lassen, d.h. der Garten solle „durch Anpflanzen von Rasen und Sträuchern und durch die Aufstellung von einigen Sitzbänken für Einwohner und Kurgäste umgestaltet werden".[2)] Der Gemeinderat meldete in seiner Sitzung vom 10. Mai 1967 zunächst Bedenken finanzieller Art gegen dieses Vorhaben an, konnte aber durch den Hinweis des Bürgermeisters, daß man Haushaltsmittel, die für andere Projekte vorgesehen seien, problemlos umpolen könne, umgestimmt werden. Es erging infolgedessen am 10. Mai 1967 der Gemeinderatsbeschluß, „daß noch in diesem Jahr teilweise die Gartenanlage fertiggestellt wird durch Anpflanzung von Rasen und Aufstellen einiger Sitzbänke. Zuvor soll jedoch ein Gartenbauarchitekt zu Rate gezogen werden".[3)]

1) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 (28. Juni 1962)
2) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (10. Mai 1967)
3) ebd.

Der von der Gemeinde verpflichtete Gartenbauarchitekt Rainer Iding aus Baden-Baden legte Anfang Juni 1967 einen Plan für „Verschönerungsanlagen in der Ortsmitte" vor, in den er auch das Kriegerdenkmal vor dem Rathaus miteinbezog. Die Kosten für die Anlage beliefen sich auf ungefähr 50.000 DM. Bürgermeister Sackmann bemühte sich intensiv um staatliche Zuschüsse und erreichte schließlich, daß im Frühjahr 1968 eine Finanzhilfe des Staates in Höhe von DM 13.000 gewährt wurde. Infolgedessen konnten die Arbeiten an der Gartenanlage zügig fortgesetzt und im August desselben Jahres abgeschlossen werden. Unmittelbar danach wurde die gelungene Anlage im Rahmen einer kleinen Feierstunde für Besucher freigegeben.[4)]

Die außergewöhnlichen Maßnahmen der Gemeinde zugunsten des Seebacher Fremdenverkehrs rechtfertigten die Erhebung einer Kurförderungsabgabe, die der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 10. Februar 1967 beschloß. Bis dahin hatte der Verkehrsverein auf freiwilliger Basis eine pauschale Bettenabgabe von DM 2,– je Bett erhoben. Die neue Regelung verpflichtete jeden Bettenvermieter zur Abgabe von 10 Pfennigen pro Übernachtung.[5)]

*Unterstützung der örtlichen Vereine und kirchlicher Einrichtungen*

Die Vereine, die seit ihrer Gründung das kulturelle Leben der Gemeinde Seebach prägten, spezielle Interessen, Neigungen und Talente in der Gruppe förderten und sie mit viel Idealismus zum Wohle aller Bewohner Seebachs einsetzten, verdienten es auch aus der Sicht der Gemeindeverwaltung, auf vielfältige Art und Weise unterstützt zu werden. Dem Bürgermeister und den Gemeinderäten fielen Entscheidungen zugunsten der Vereine nicht zuletzt deshalb leicht, weil sie selbst in der Regel engagierte Vereinsmitglieder waren.

Bei der Durchsicht der Sitzungsprotokolle des Gemeinderats fällt auf, daß der Gemeinderat jedes Jahr von sich aus oder auf Anfrage der Seebacher Vereine mitunter beachtliche Zuschüsse für die meisten Vereine gewährte und somit mit dazu beitrug, daß die Vereinsarbeit nicht unter finanziellen Problemen zu leiden hatte. Nur in ganz wenigen Fällen entsprach der Gemeinderat aus wohl begründeter Sicht nicht den finanziellen

4) ebd. (5. Juni 1967, 5. Dezember 1967, 5. März 1968, 28. August 1968)
5) ebd. (10. Februar 1967)



Wunschvorstellungen einiger Vereine. Zuschüsse erhielt z.B. der Musikverein in bestimmten zeitlichen Abständen zur Anschaffung von Instrumenten und Uniformen sowie zur Veranstaltung von Festen und Jubiläen. Dem Gesangverein, der Feuerwehr und dem Ortsverein des Roten Kreuzes wurden ebenfalls immer wieder Zuschüsse u.a. zur Beschaffung neuer Uniformen gewährt. Der Verkehrsverein wurde alljährlich mit Geld der Gemeinde zur Förderung des Fremdenverkehrs dotiert. Auch die kirchlichen Vereine, wie z.B. der Kirchenchor, konnten mehrfach mit Zuschüssen aus der Gemeindekasse rechnen.

Eine größere Summe bewilligte der Gemeinderat unter dem Vorsitz von Bürgermeister Sackmann in den Jahren 1960 und 1961 der Freiwilligen Feuerwehr Seebach. Am 18. März 1961 trug der Bürgermeister dem Gemeinderat vor, daß die bisherige Trocknung der Feuerwehrschläuche auf dem Speicher des Schulhauses sehr umständlich sei. Um Schäden im Schulhaus zu vermeiden, sei es erforderlich, einen wasserdichten Behälter zum Auffangen des abtropfenden Wassers einzubauen. Für letzteres wollte der Gemeinderat keine Mittel freimachen und traf dagegen folgende Entscheidung: Im Anschluß an den bereits vollendeten Feuerwehr-Garagenbau soll bei der Garage ein Schlauchtrockenturm erstellt und die Mittel in Höhe von etwa 15.000 DM in den Haushaltsplan 1961 eingestellt werden.[1)]

Große Hilfsbereitschaft zeigten Bürgermeister und Gemeinderat nicht zuletzt für Maßnahmen, die die katholische Kirchengemeinde beschloß und in die Tat umsetzte. Von Vorteil für die Belange der Pfarrei war der Tatbestand, daß Bürgermeister Sackmann und einige Gemeinderäte gewählte Mitglieder im katholischen Stiftungsrat waren, wo unter dem Vorsitz von Pfarrer Herr und Pfarrer Kiehnle die jeweiligen Entscheidungen getroffen wurden. Die Gemeinde beteiligte sich z.B. nicht nur an der Einrichtung des Kindergartens St. Elisabeth im Schwesternhaus, das auf geschenktem Gemeindegelände errichtet wurde, sondern gewährte alljährlich auch einen namhaften Zuschuß für den bis 1989 von Frau Adelheid Bohnert geleiteten Kindergarten. In den fünfziger Jahren betrug der jährliche Gemeindezuschuß DM 1200, bis zum Jahre 1966 DM 2500 und 1967 DM 4000.[2)] Mit einer ansehnlichen Summe engagierte sich die Gemeinde außerdem beim Bau des Pfarrsaales (1949/1950) und bei notwen-

1) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 (18. März 1961)
2) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 und 1967-1970 (u.a. 8. Mai 1957, 16. Dezember 1966). Im Jahre 1987 gewährte die Gemeinde für den Kindergarten einen Zuschuß von DM 43.300,–, im Jahre 1990 DM 56.700,–.

dig gewordenen Kirchenrenovationen. Schließlich sei noch erwähnt, daß auch für den Bau des Schwesternhauses im Jahre 1949 Mittel aus der Gemeindekasse bereitgestellt wurden.

*Förderung der Volksschule Seebach und Eintreten für ihre uneingeschränkte Eigenständigkeit*

Die für die Gemeinde Verantwortung tragenden Personen mit Bürgermeister Sackmann an der Spitze und die Gesamtheit der Bürger Seebachs betrachteten die Existenz einer Volksschule im eigenen Dorf von jeher als einen wesentlichen Bestandteil der kommunalen Selbständigkeit. Infolgedessen wurde der Volksschule Seebach jederzeit eine über das notwendige Maß hinausgehende Unterstützung von seiten der Gemeindeverwaltung und der Bürgerschaft zuteil. Man engagierte sich beispielsweise sehr, wenn es galt, gute Lehrkräfte zu bekommen und ebensolche für längere Zeit in Seebach zu behalten. Lehrer, die auf Ablehnung bei Schülern und Eltern stießen, hatten einen schweren Stand in Seebach und reichten im allgemeinen bald ihre Versetzung ein.

In den fünfziger und sechziger Jahren stellte die Gemeindeverwaltung immer wieder Mittel zur besseren Ausstattung der Schule und zur Renovation der Schulräume zur Verfügung. Im Jahre 1959 z.B. wurden aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses Teile des Schulhauses umgebaut, 1960 und 1961 beschloß der Gemeinderat die Anschaffung neuer Schulmöbel und 1963 den Ausbau eines weiteren Schulsaales.[1)]

Die Schulleiter in der Ära Sackmann – es waren dies die Oberlehrer Peter Gschwind (bis 1955), Julius Buschle (Nov. 1955 bis April 1956), Max Kling (1956 bis 1960) und Josef Herrmann (1960 bis 1984) – waren nicht nur ausgezeichnete Pädagogen, sondern auch rührige Verwalter und Interessensvertreter der Volksschule Seebach. Ihnen unterstanden im genannten Zeitraum drei bis sechs Lehrkräfte, die eine stets anwachsende Zahl von Schülern unterrichteten.

In der Amtszeit des Schulleiters Josef Herrmann, der sich auch sehr für die kulturellen Belange der Gemeinde Seebach einsetzte, viel zur Förderung der Vereine beitrug und eine Fülle von gelungenen Gedichten und Berichten zu Ereignissen in Seebach abfaßte, bahnten sich aufgrund des Schulentwicklungsplanes des Landes Baden-Württemberg grundlegende

1) GAS: Sitzungsprotokolle 1960-1966 (u.a. 24. April 1959, 30. Januar 1960, 8. Februar 1961, 28. Februar 1963)

*Das Lehrerkollegium der Volksschule Seebach mit Pfarrer Kiehnle im Jahre 1966.*

Veränderungen für die Volksschule Seebach an, die im Gemeinderat, im Lehrerkollegium und in weiten Kreisen der Bevölkerung Seebachs Diskussionen und Kritik auslösten.

Der Schulentwickungsplan sah vor, daß die Seebacher Schüler der Klassen 5-9 fortan in der Nachbarschaftsschule Ottenhöfen unterrichtet werden und nur die Grundschulklassen 1-4 weiterhin in Seebach verbleiben sollten. Am 15. Oktober 1965 fand in Ottenhöfen eine erste Aussprache bezüglich der Nachbarschaftsschule statt, an der Bürgermeister Sackmann, Pfarrer Kiehnle und Schulleiter Josef Herrmann teilnahmen.[2)] Die beiden zuletzt Genannten referierten in der Gemeinderatssitzung vom 27. Oktober 1965 über die Vor- und Nachteile, die in besagtem Gespräch vom 15. Oktober in Ottenhöfen vorgebracht wurden und teilten schließlich zusammen mit den Gemeinderäten die Bedenken gegen den Schulentwicklungsplan in der vorliegenden Fassung.[3)]

Das Thema „Schulentwicklungsplan" wurde ferner in der Versammlung des Elternbeirates und des Schulbeirates vom 22. November 1966 heftig diskutiert. Dabei erregte neben anderem die Frage die Gemüter, wer

2) ebd. (27. Oktober 1965)
3) ebd. (27. Oktober 1967)

die Kosten für die Schülerbeförderung nach Ottenhöfen und zurück nach Seebach übernehme. Die Mitteilung des Bürgermeisters, die diesbezüglichen Kosten werde das Land Baden-Württemberg übernehmen, wurde mit Skepsis aufgenommen. Überdies befürchtete man, daß in Zukunft die Kosten für die Instandsetzung und Unterhaltung der Volksschule Ottenhöfen von der Gemeinde Seebach mitgetragen werden müßten.[4]

Am 19. März 1968 versammelten sich die Eltern der Dritt- und Viertklässler unter dem Vorsitz des Gemeinderats und Elternbeiratsvorsitzenden Leo Glaser im Seebacher Schulhaus und stimmten darüber ab, „ob die Schüler der kommenden 5. Klasse die Hauptschule in Ottenhöfen besuchen und somit am differenzierten Unterricht teilnehmen sollen, oder ob sie in Seebach verbleiben sollen und damit nicht in den Genuß des Englischunterrichts und noch zwei anderer wichtiger Fächer kommen".[5] Mit geringer Mehrheit entschieden sich die anwesenden Eltern dafür, daß die Schüler der kommenden 5. Klasse in die Volksschule Ottenhöfen überwechseln sollten. Dieses Votum wurde in einer Gesamtelternversammlung des Jahres 1967 aufgehoben und durch eine neue Beschlußfassung ersetzt, die besagte: Die Schüler der Klassen 5-8 sollen nicht in die Nachbarschaftsschule nach Ottenhöfen geschickt werden. Diesen Beschluß der Elternschaft übernahmen alsdann die Gemeinderäte in ihrer Sitzung vom 23. August 1967 und billigten überdies die bereits seit einem Jahr bestehende Regelung, daß die Schüler des 9. Schuljahres weiterhin in der Nachbarschaftsschule Ottenhöfen unterrichtet werden sollten.[6]

Einen weiteren Vorstoß in Sachen Nachbarschaftsschule unternahm das Staatliche Schulamt Baden-Baden im Jahre 1968. Diese Schulbehörde forderte Schulleiter Herrmann auf, er solle Verhandlungen mit der Gemeinde aufnehmen und bewirken, daß „mindestens die Schüler des 5. Schuljahres der Nachbarschaftsschule Ottenhöfen eingeordnet" würden. Nach eingehender Beratung verwarf der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 6. August 1969 auch dieses Ansinnen.[7]

Für die Aufheizung der Stimmung in der Schulfrage sorgten nicht zuletzt die Schüler der 9. Klasse aus Seebach im Jahre 1967. Da sie samstags jeweils fast zwei Stunden am Bahnhof in Ottenhöfen warten mußten, bis sie mit dem Linienbus um 13 Uhr nach Hause fahren konnten, traten sie im Februar 1967 in einen Schulstreik und erklärten, „daß sie samstags

4) ebd. (26. November 1966)
5) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (23. März 1968)
6) ebd. (23. August 1967)
7) ebd. (6. August 1969)



nicht mehr zur Schule gehen, wenn sie anschließend nicht nach Hause gefahren werden".[8] Eine Lösung bahnte sich an, als der Seebacher Gemeinderat am 10. Februar 1967 beschloß, die Schüler der 9. Klasse samstags unmittelbar nach Schulschluß durch einen von der Gemeindeverwaltung Seebach angeforderten Bus abholen zu lassen.[9]

Sosehr sich auch die Bürger Seebachs, vertreten durch Bürgermeister Sackmann und den Gemeinderat, gegen die von staatlicher Seite entwickelten Schulpläne wehrten, sie konnten letztlich in der Amtszeit von Bürgermeister Bär nicht verhindern, daß die gesamte Hauptschule von Seebach (5.-9. Schuljahr) im Jahre 1970 der Hauptschule in Ottenhöfen angegliedert wurde.

*Ringen der Gemeinde um Erhaltung ihrer Selbständigkeit*

In der Endphase der Amtszeit von Bürgermeister Sackmann wurde die Gemeinde Seebach vor ein weiteres grundlegendes Problem gestellt. Bürgermeister und Gemeinderat mußten nämlich Stellung beziehen zu dem 1968 vorgelegten Entwurf eines Landesentwicklungsplanes und dem Entwurf einer Denkschrift des Innenministeriums über zentrale Orte und Verflechtungsbereiche. Der Entwurf des Innenministeriums von Baden-Württemberg sah vor, daß die Stadt Achern ein „Unterzentrum" und die Gemeinde Ottenhöfen eine „Selbstversorgergemeinde" werden sollte. Die Gemeinde Seebach fand im Entwurf des Innenministeriums überhaupt keine Erwähnung, d.h. Seebach sollte nicht einmal als Selbstversorgergemeinde eingestuft werden. Daß dies unter Umständen den Verlust der politischen Selbständigkeit Seebachs zur Folge haben könnte, erkannte man auf dem Seebacher Rathaus rechtzeitig.

In ihrer Sitzung vom 2. November 1968 analysierten Bürgermeister und Gemeinderat von Seebach eingehend die Pläne der Landesregierung und billigten schließlich den Plan Acherns, demzufolge diese Stadt Mittelzentrum werden wollte, und am 12. November 1968 denjenigen Ottenhöfens, der diese Gemeinde als Mittelpunktsgemeinde einstufte.[1]

Die Gemeinde Seebach unterstützte die gewünschte Aufwertung Ottenhöfens insofern, als man nicht nur in Seebach um den Bestand als selbständige Gemeinde bangte, sondern auch in Ottenhöfen, wo ebenfalls eine Eingemeindung nach Kappelrodeck befürchtet wurde.

8) ebd. (10. Februar 1967)
9) ebd.
1) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (2. November 1968)

In der Gemeinderatssitzung vom 12. März 1969 diskutierten Bürgermeister Sackmann und die Gemeinderäte erneut die in Aussicht gestellte Verwaltungsreform und „verhielten sich auch weiterhin diesen Plänen gegenüber ablehnend".[2] Bürgermeister Sackmann berichtete vor dem Gemeinderat unter anderem, daß er in Sachen Verwaltungsreform eine ausführliche Unterredung mit dem Bürgermeister von Ottenhöfen gehabt habe. Auch Bürgermeister Käshammer von Ottenhöfen lehne den Plan der Landesregierung ab. Er schlage jedoch vor, daß sich Ottenhöfen und Seebach auf verschiedenen Ebenen zusammentun und den Plan zur Verwaltungsreform dahingehend unterlaufen sollten, daß beide Gemeinden sich in verschiedenen Bereichen noch mehr zusammenschließen. Nur somit „wäre vielleicht die Gefahr der Eingemeindung nach Kappelrodeck abgewälzt".[3]

Die Lösung des Problems mußte Bürgermeister Sackmann seinem Nachfolger Gerhard Bär überlassen, denn erst zu Beginn der siebziger Jahre wurden die gesetzlichen Voraussetzungen dafür geschaffen.

*Beitrag zur deutsch-französischen Verständigung: Verschwisterung mit Ottrott*

Dem Beispiel vieler Städte und Gemeinden folgend, waren seit Mitte der sechziger Jahre Bestrebungen in Seebach im Gange, die darauf hinausliefen, mit einer Gemeinde in Frankreich eine Partnerschaft bzw. Verschwisterung einzugehen. Zur Verwirklichung dieses Zieles fanden in den Jahren 1966 und 1967 Begegnungen auf kirchlicher Ebene mit Bürgern der elsässischen Gemeinde Ottrott am Fuße des Odilienberges statt. Beispielsweise erwiderte am 13. November 1966 der Kirchenchor von Ottrott einen Besuch des Seebacher Kirchenchores und des Ortspfarrers Franz Kiehnle in Ottrott. Diese Begegnungen, bei denen eine Atmosphäre der Versöhnung und des herzlichen Einvernehmens vorherrschte, fanden in beiden Gemeinden so großen Anklang, daß sich im Frühjahr 1967 auch die politische Gemeinde Seebach entschloß, „die Verschwisterung mit der Gemeinde Ottrott aktenkundig zu verwirklichen".[1]

In Anbetracht des guten Willens auf beiden Seiten, die hohe Aufgabe zu erfüllen, faßte der Gemeinderat von Seebach am 10. Mai 1967 den Entschluß, mit der elsässischen Gemeinde Ottrott die Verschwisterung einzugehen. Bei der vorgesehenen Begegnung am 2. Juli in Seebach sollten in einer gemeinsamen Feierstunde die Urkunden über die Verschwisterung ausgetauscht werden.[2] Denselben Entschluß wie der Gemeinderat faßte am 10. Mai 1967 auch der Seebacher Stiftungsrat.

Die Entscheidung für eine Verschwisterung mit Seebach war in Ottrott in der dortigen Gemeinderatssitzung vom 12. Mai 1967 und in der Stiftungsratssitzung vom 14. Mai 1967 gefallen.[3]

Die Feier der Verschwisterung am 2. Juli 1967 in Seebach darf als ein herausragendes Ereignis in der Geschichte Seebachs angesehen werden. Vor der Unterzeichnung der Verschwisterungsurkunde um 10.30 Uhr fand in der Pfarrkirche Seebach ein Gottesdienst statt, an dem auch die Gäste aus Ottrott – es waren dies der Bürgermeister und der Pfarrer, die Gemeinde- und Stiftungsräte sowie die Musikkapelle und der Gesangverein bzw. Kirchenchor – geschlossen teilnahmen. Der feierlichen Unterzeichnung der Verschwisterungsurkunde durch die beiden Bürgermeister Ott und Sackmann sowie durch die zwei Ortspfarrer folgten eine Kranzniederlegung am Seebacher Kriegerdenkmal, die Begrüßung der Ottrotter Gäste im Pfarrsaal, das Mittagessen in den einzelnen Familien, eine Rundfahrt mit den Gästen aus dem Elsaß, das Abendessen in den einzelnen Familien, eine kurze Dankandacht und ein gemütliches Zusammensein im Pfarrsaal. Die Kirchenchöre, Gesangvereine und Musikkapellen der beiden Gemeinden umrahmten die offiziellen Programmpunkte musikalisch.

*Die Urkunde ist unterzeichnet, 2. Juli 1967. V.l.n.r.: Bürgermeister Karl Sackmann, Pfarrer Florent Feuerstoss, Bürgermeister Robert Ott, Pfarrer Franz Kiehnle.*

2) ebd. (12. März 1969)
3) ebd.
1) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (29. Oktober 1966, 10. Mai 1967)

2) ebd. (10. Mai 1967)
3) GAS: Text der Urkunde über die Verschwisterung

Die Kerngedanken, die der Verschwisterung zugrundegelegt wurden, nahm man in die Urkunde über die Verschwisterung mit folgendem Wortlaut auf: „Die Gemeinden und Pfarreien Ottrott, Frankreich, und Seebach, Deutschland, haben in klarer Erkenntnis, daß der Friede zwischen den Völkern und den Menschen nur aufgebaut werden kann, wenn man sich kennen und verstehen lernt und so zu gegenseitiger Achtung und brüderlicher Zusammenarbeit kommt, die Verschwisterung Ottrott-Seebach beschlossen.... Möge dieses Ereignis als ein Zeichen des guten Willens und der Versöhnung zwischen den beiden Ländern, die in Kriegen sich feindselig bekämpften, verstanden werden und uns mit Gottes Hilfe befähigen, mitzuarbeiten an den großen Anstrengungen um Friede und Brüderlichkeit beim Aufbau einer weltweiten Gemeinschaft".[4]

Die entsprechenden Feierlichkeiten in Ottrott fanden am 7. Juli 1968 statt.

*Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Bürgermeister Karl Sackmann*

Zu der auf den 19. Oktober 1969 anberaumten Bürgermeisterwahl stellte sich Karl Sackmann als Altersgründen nicht mehr zur Wiederwahl. Nach mehr als 24jähriger erfolgreicher und verdienstvoller Tätigkeit als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Seebach trat er den wohlverdienten Ruhestand an.

Die Verabschiedung von Karl Sackmann fand am 5. Dezember 1969 statt. Zunächst versammelten sich um 19 Uhr die Gemeinderäte mit ihrem neugewählten Bürgermeister Gerhard Bär im Sitzungszimmer des Rathauses. Zu den geladenen Gästen dieser öffentlichen Gemeinderatssitzung zählte auch Landrat Trippel aus Bühl. Bürgermeister-Stellvertreter Franz Josef Hils ergriff als erster das Wort und dankte dem scheidenden Bürgermeister Sackmann „in wohlgesetzter und würdiger Form" für seine schwierige und segensreiche Arbeit als Bürgermeister der Gemeinde Seebach. In seiner Erwiderung bedankte sich Karl Sackmann für das jahrzehntelange Vertrauen, das man ihm in Seebach entgegengebracht habe. Er hob besonders die gute Zusammenarbeit mit der Verwaltung, dem Gemeinderat, der Schule und dem Pfarramt hervor. Anschließend sprach Landrat Trippel. Er würdigte in herzlicher Form die einzelnen Verdienste

4) ebd.

*Verleihung der Ehrenbürgerschaft an Bürgermeister Karl Sackmann. V.r.n.l.: Bürgermeister Gerhard Bär, Frau Bär, Pfarrer Franz Kiehnle, Frau Emma Sackmann, Bürgermeister a.D. Karl Sackmann.*

von Bürgermeister Sackmann und dankte ihm ausdrücklich auch für seine treuen Dienste als Kreistagsabgeordneter der CDU während der Dauer von 12 Jahren. Der Landrat schloß seine Ansprache mit der Überreichung eines Bildbandes an Karl Sackmann.[1]

Der Verabschiedung von Bürgermeister Sackmann im Rathaus und der Amtseinführung von Gerhard Bär folgte am gleichen Abend im Hotel „Zum Hirsch" eine weitere feierliche Verabschiedung von Karl Sackmann mit einem Festessen. Anwesend waren hierbei Landrat Trippel, sämtliche Gemeinderäte, alle Gemeindebediensteten, Pfarrer Kiehnle, das gesamte Lehrerkollegium und alle Vereinsvorstände von Seebach.[2]

Aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses vom 26. November 1969 ehrte man Karl Sackmann am 14. Dezember 1969 im Hotel „Zum Hirsch" nochmals in feierlichem Rahmen, den der Musikverein, der Gesangverein und der Kirchenchor mitgestalteten. Der neue Bürgermeister Gerhard Bär konnte seiner Dankesrede die Mitteilung anfügen, daß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 26. November 1969 Karl Sackmann einstimmig zum Ehrenbürger der Gemeinde Seebach ernannt habe. Gerührt nahm Altbürgermeister Sackmann den Ehrenbürgerbrief aus den Händen von Gerhard Bär entgegen. Freude bereitete ihm überdies der Fernsehsessel, den der neue Bürgermeister seinem Vorgänger als Geschenk der Gemeinde Seebach überreichte.[3]

1) GAS: Sitzungsprotokoll 1967-1970 (5. Dezember 1969)
2) ebd. (26. November 1969)
3) ebd.

## 3. *Entwicklung der Gemeinde seit Beginn der Amtszeit von Bürgermeister Gerhard Bär (1969-1990)*

*Wahl und Wiederwahl Gerhard Bärs zum Bürgermeister, seine Zielsetzungen*

Nachdem bekannt war, daß Karl Sackmann nicht noch einmal für das Amt des Bürgermeisters von Seebach kandidieren werde, reichten Franz Huber, Leo Glaser und August Oberle ihre Bewerbung um das Amt des Bürgermeisters ihrer Heimatgemeinde ein. Am 15. Oktober 1969 stellten sich die drei Bewerber um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Krone" den kritischen Fragen der Bürger Seebachs und erläuterten dabei ihr Programm, das sie nach gewonnener Wahl zu verwirklichen gedachten.[1)]

Am Sonntag, dem 19. Oktober 1969, waren die wahlberechtigten Bürger Seebachs zur Stimmabgabe bei der Bürgermeisterwahl aufgerufen. Was man allgemein vermutet hatte, traf ein: Keiner der drei Bewerber um das Bürgermeisteramt erreichte die notwendige absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Wagnermeister August Oberle hatte mit 35,9% der abgegebenen gültigen Stimmen die besten Voraussetzungen geschaffen, um aus dem zweiten Wahlgang als Sieger hervorzugehen. Chancen vermachte sich aber auch Leo Glaser, der 33,1% der abgegebenen gültigen Stimmen erhielt. Franz Huber, dem 31% der Wähler ihr Vertrauen schenkten, zog seine Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurück.[2)]

Zur allgemeinen Überraschung bewarb sich für den zweiten Wahlgang, der auf den 2. November 1969 angesetzt war, neben August Oberle und Leo Glaser ein junger Mann aus Önsbach namens Gerhard Bär, der sich am 31. Oktober 1969 im Gasthaus „Zur Krone" den Wählern von Seebach vorstellte. Aufgrund seiner Sachkenntnis, die er sich als Grundbuchbeamter und Leiter der Gemeindekasse von Önsbach erworben hatte, aber auch durch seine persönliche Ausstrahlungskraft konnte er unverzüglich die Sympathie vieler Bürger von Seebach erwerben.[3)]

Als am Abend des 2. November 1969 die Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden, war die Sensation perfekt: Gerhard Bär hatte auf Anhieb nicht weniger als 63% der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. Seine beiden Mitbewerber August Oberle und Leo Glaser wurden mit 21,9% und 13,6% der Stimmen auf die Plätze zwei und drei verwiesen.[4)]

1) GAS: Sitzungsprotokolle 1967-1970 (8. Oktober 1969)
2) GAS: Bürgermeisterwahl 1969
3) ebd. 4) ebd.

*Bürgermeister Gerhard Bär.*

*Nach der Verpflichtung des neugewählten Bürgermeisters (im Gasthof Hirsch)*
*v.l. Gerhard Bär, Frau Sackmann, Karl Sackmann, Landrat Erwin Trippel (Bühl).*

*Beim 20jährigen Jubiläum der Verschwisterung Seebach – Ottrott im Pfarrsaal (1987)*
*v.l. Minister Dr. Wolfgang Schäuble, Bürgermeister Gerhard Bär, Landtagsabgeordneter Felix Hodapp (Achern-Önsbach).*

*Einweihung der „Allee Seebach" in Ottrott (1986) durch die Bürgermeister Ott und Bär.*

*Landtagspräsident Camill Wurz zu Besuch in Seebach (März 1971)*
*– im Neubaugebiet Wildenberg –*
*v.l. Altbürgermeister Karl Sackmann, Gemeinderäte Franz Hils, Franz Huber, Bürgermeister Gerhard Bär, Gemeinderat Josef Knapp, Landtagspräs. Camill Wurz, Gemeinderäte Leo Glaser und Arthur Breig, Pfarrer Franz Kiehnle, Gemeinderäte Meinrad Bruder, Hermann Schnurr und Wilhelm Haas.*

Gerhard Bär trat am 6. Dezember 1969 seinen Dienst an, nachdem er am Abend zuvor im Rahmen einer Gemeinderatssitzung feierlich in sein Amt eingeführt worden war.

Der junge und dynamische Bürgermeister begann in Fortsetzung bewährter Traditionen seine Arbeit auf der Grundlage klarer und am Wohl der Gemeinde Seebach orientierter Zielsetzungen, die er im Laufe seiner mehr als zwanzigjährigen Amtszeit im Einvernehmen mit dem Gemeinderat und der Bürgerschaft schrittweise in die Tat umsetzte. Sein Hauptziel war stets das Bemühen, einen gerechten Ausgleich zwischen allen Bevölkerungsgruppen herzustellen.

In den ersten Amtsjahren galt das Hauptinteresse von Bürgermeister Bär zwangsläufig der Bewahrung der kommunalen Selbständigkeit Seebachs. Daneben setzte er von Anfang an einen Schwerpunkt im Bereich „Wohnen und Arbeit". Den Bürgern sollte genügend Wohnraum mit soliden Wohnqualitäten zur Verfügung stehen, und jeder Bürger sollte im eigenen Wohnort oder in nächster Umgebung den Arbeitsplatz finden, den er zur Sicherung seiner materiellen Basis und zur sinnvollen Daseinsgestaltung benötigt. „Sind beide Voraussetzungen erfüllt, dann gedeihen die zwischenmenschlichen Beziehungen gut", meinte der Bürgermeister in einem Gespräch mit dem Verfasser dieses Buches und fügte hinzu, daß die Gemeindeverwaltung deshalb auch jederzeit die kulturellen Belange der Gemeinde fördere und die örtlichen Vereine und Organisationen unterstütze.

Zu den wesentlichen Anliegen des Bürgermeisters Bär gehörte bisher außerdem die Verschönerung des Ortsbildes von Seebach unter Wahrung der charakteristischen Bauformen dieses Dorfes und der Ausbau Seebachs zu einer modernen Fremdenverkehrsgemeinde, in der sich die Feriengäste wohlfühlen und abwechslungsreiche Tage verbringen können, in der sich aber auch die Inhaber der Gastronomiebetriebe, der Ladengeschäfte und die privaten Zimmervermieter finanzielle Vorteile verschaffen.

Bei der Verwirklichung der umfangreichen Aufgaben, die den genannten Zielsetzungen dienten, galt es stets, das Augenmaß nicht zu verlieren und den finanziellen Möglichkeiten Rechnung zu tragen, die den Handlungsspielraum der Gemeinde Seebach immer wieder begrenzten.

Die Bürger Seebachs anerkannten die erbrachten Leistungen und Erfolge ihres Bürgermeisters und schenkten ihm bei den Bürgermeisterwahlen vom 2. Oktober 1977 und vom 6. Oktober 1985 durch ihr Votum erneut



das Vertrauen. Bei der Bürgermeisterwahl von 1985 konnte Gerhard Bär 94,5% der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen. Obwohl Bär als einziger Kandidat angetreten war, gingen 68,8% der Wähler Seebachs zur Wahlurne und lieferten damit einen großen Vertrauensbeweis für ihr Gemeindeoberhaupt.

*Der Gemeinderat*

Wie schon seine Vorgänger, so konnte und kann sich Bürgermeister Gerhard Bär stets auf die konstruktive Mitarbeit der Gemeinderäte stützen, die sich als gewählte Vertreter der Bürgerschaft bis 1989 aus zwei politischen Vereinigungen rekrutierten. Seit der Gemeinderatswahl von 1989 setzt sich der Gemeinderat aus drei Gruppierungen zusammen. Die Mehrheit der Mitglieder des Seebacher Gemeinderates stellte bei allen Kommunalwahlen die CDU, die infolgedessen jeweils den Anspruch auf das Amt des ersten stellvertretenden Bürgermeisters hatte. Das zuletzt genannte Amt bekleidete von 1962 bis 1975 Franz Josef Hils, sein Nachfolger wurde 1975 Franz Huber. Ihn löste Leo Glaser ab, der heute noch mit die-

*Die alten und die neuen Gemeinderäte im Jahre 1971.*
*V.l.n.r.: Franz Hils, Heinz Rau, Rupert Rösch, Meinrad Bruder, Jürgen Oberle, Franz Huber, Bernd Maier, Bürgermeister Gerhard Bär, Alfred Fallert, Leo Glaser, Artur Breig, Karl Schmälzle, Günter Bohnert, Herbert Sackmann.*

ser Funktion betraut ist.[1] Die Minderheitsfraktion stellte bisher die Vereinigung „Freie Wähler". Bei der Gemeinderatswahl des Jahres 1989 reichte erstmals die „Unabhängige Seebacher Bürgerliste" (USB) einen Wahlvorschlag ein und konnte ein Mandat im Gemeinderat erringen.[2] Erwähnt sei in diesem Zusammenhang noch, daß seit der Gemeinderatswahl vom 28. Oktober 1984 in der Person von Hildegard Krivec eine Frau in dem bis dahin ausschließlich von Männern besetzten Gemeinderat von Seebach vertreten ist.[3]

Augenzeugenberichte bestätigen den auch in den Sitzungsprotokollen des Gemeinderates erkennbaren Tatbestand, daß im Seebacher Gemeinderat nie parteipolitische Fronten aufgebaut wurden. Es gab zwangsläufig zwar immer wieder Meinungsverschiedenheiten, die letztlich jedoch nie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit störten. Bürgermeister Bär unterstrich dies z.B. in der Gemeinderatssitzung vom 16. Mai 1975[4], als er sagte: „Oft gab es auch Meinungsverschiedenheiten, meistens konnte jedoch gemeinsam der richtige Weg gefunden werden". Diese

*Verabschiedung und Verpflichtung von Gemeinderäten am 20.11.1984. V.l.: Bernd Maier (Gemeinderat von 1975-1984), Wilhelm Decker (Gemeinderat von 1980-1984), Alfred Fallert (Gemeinderat von 1968-1984), Bürgermeister Gerhard Bär, dann die Neugewählten Hildegard Krivec geb. Börsig (Grimmerswald), Alfons Schnurr (Schnurrenhof), Johann Fischer (Achert).*

1) GAS: Sitzungsprotokoll 1974-1976 (16. Mai 1975), u.a.
2) vgl. „Der Achertäler", 27. Okt. 1989 (Wahlergebnisse)
3) GAS: Jahrbuch der Gemeindeverwaltung
4) GAS: Sitzungsprotokolle 1974-1976 (16. Mai 1975)

*Der Gemeinderat von Seebach im Jahre 1990. V.l.n.r.: Hans Fischer, Hildegard Krivec, Günter Bohnert, Leo Glaser, Rupert Rösch, Bürgermeister Gerhard Bär, Heinz Rau, Artur Breig, Wilfried Rapp, Wendelin Börsig, Alfons Schnurr.*

Feststellung verknüpfte der Bürgermeister mit dem Hinweis „auf die unvergeßlichen Sitzungen nach den Sitzungen", die mitunter einen konstruktiven Rahmen zur Klärung noch bestehender Differenzen bildeten.

Die ehrenamtliche Tätigkeit der Seebacher Gemeinderäte wuchs in den letzten zwanzig Jahren enorm an, wofür nicht zuletzt die Sitzungsprotokolle der Gemeinderatssitzungen den Beweis erbringen. Im Vergleich zu früher fanden und finden nicht nur mehr Sitzungen statt, sondern auch die Zahl der Programmpunkte, die in jeder Gemeinderatssitzung abgehandelt werden müssen, vergrößerte sich. Hinzu kommt, daß die Gemeinderäte in verstärktem Maße zur Teilnahme an Ortsbegehungen verpflichtet sind.[5]

Nach der Bildung des Gemeindeverwaltungsverbandes Kappelrodeck erweiterte sich nicht nur der Aufgabenkreis des Bürgermeisters von Seebach, sondern auch derjenige eines Seebacher Gemeinderatsmitgliedes, denn im Kappelrodecker Gremium dieses Verbandes muß von Seebach der Bürgermeister zusammen mit einem vom Gemeinderat gewählten Mitglied des Gemeindeparlamentes vertreten sein. Herbert Sackmann von der CDU-Fraktion war lange Jahre derjenige Seebacher Gemeinderat, der den Bürgermeister zu den Sitzungen in Kappelrodeck begleitete,[6] sein Nachfolger wurde Leo Glaser.

5) ebd.
6) ebd.

*Erhaltung der kommunalen Selbständigkeit*

Eines der Hauptprobleme, mit dem sich Bürgermeister Bär in seinen ersten Amtsjahren beschäftigen mußte, waren die Auswirkungen der Kommunalreform auf die Gemeinde Seebach. Im Einvernehmen mit dem Gemeinderat und dem größten Teil der Bevölkerung Seebachs versuchte der neue Bürgermeister von Seebach, die kommunale Selbständigkeit seiner Gemeinde zu erhalten, die die Kommunalreform des Landes Baden-Württemberg bedrohte. Mit aller Deutlichkeit dokumentierte der Bürgermeister diese Zielsetzung z.B. in der ersten Bürgerversammlung, die er am 11. April 1970 abhielt.[1] Er sagte dort zu den Anwesenden: „In heutiger Zeit ist es nicht leicht, sich zu behaupten. Man ist daran, an den Grundfesten der Demokratie, nämlich den Gemeinden, zu rütteln". Die Selbständigkeit Seebachs rechtfertigte er mit dem Hinweis: „Seebach war, ist und bleibt auch in Zukunft in der Lage, die echten Gemeindeaufgaben wahrzunehmen, so gut wie in einer Großgemeinde".[2]

In der Gemeinderatssitzung vom 5. Januar 1971 nahmen Bürgermeister und Gemeinderat Stellung zu einem Schreiben des Bürgermeisters von Ottenhöfen, in dem Ottenhöfen der Gemeinde Seebach bei einem Zusammenschluß mit Ottenhöfen 100% der nach der Bevölkerungszahl errechneten Mehrzuweisung des Landes anbot. Der Gemeinderat von Seebach war der Ansicht, daß eine Gemeinde Ottenhöfen-Seebach allein keine Überlebenschance habe. Über den Zusammenschluß mit anderen Gemeinden wolle der Gemeinderat von Seebach erst dann verhandeln, wenn feststehe, daß ein Zusammenschluß unbedingt notwendig sei und klar erkannt werden könne, wie die Gemeinden in Zukunft aussehen sollten.[3]

In der Bürgerversammlung vom 15. September 1971 vertrat der Bürgermeister die Überzeugung, daß außer den finanziellen Anreizen (= ca. 100.000 bis 120.000 DM Mehrzuweisung auf die Dauer von 10 Jahren) zur Zeit nichts für eine Fusion mit Ottenhöfen spreche.[4] Überdies betonte der Bürgermeister unter dem Beifall der Anwesenden „Was wir nicht gerne aufgeben, ist das Recht, darüber selbst zu entscheiden, was in unserer Gemeinde gemacht oder nicht gemacht werden soll. Wir begründen dies damit, daß wir glauben, all die Probleme unserer Gemeinde viel zweckmäßiger, rationeller und schneller lösen zu können".[5]

1) GAS: Bürgerversammlungen 1966-1981 (11. April 1970)
2) ebd. (28. November 1970)
3) GAS: Sitzungsprotokolle 1971-1973 (5. Januar 1971)
4) GAS: Bürgerversammlungen 1966-1981 (15. September 1971)
5) ebd.



Wegen der Fusionsprämien mußte in Seebach vor dem 2. April 1972 eine Entscheidung fallen. Bürgermeister Bär und der Gemeinderat beraumten deshalb für den 2. März 1972 eine Bürgerversammlung an, in der Bürgermeister Bär die rund 210 anwesenden Bürger Seebachs dahingehend informierte, daß nach den gegebenen Umständen neben der Beibehaltung der kommunalen Selbständigkeit, die offensichtlich nicht haltbar sei, als geringeres Übel nur die Eingliederung Seebachs in die Gemeinde Ottenhöfen übrig bleibe.[6]

Bei der am 12. März 1972 stattgefundenen „Bürgeranhörung" kam ein eindeutiges Votum zustande, denn nicht weniger als 72,8% (= 530 Stimmen) der zur Wahlurne gegangenen Bürger Seebachs stimmten für die Beibehaltung der Selbständigkeit und gegen die Fusion Seebachs mit der Gemeinde Ottenhöfen. Der Gemeinderat von Seebach bekräftigte dieses klare Wählervotum in seiner Sitzung vom 21. März 1972 durch die einstimmige Ablehnung jeglicher Fusionspläne Seebachs mit einer anderen Gemeinde.[7]

Für den Fall, daß durch ein Landesgesetz Seebach eine selbständige Gemeinde bleiben konnte, drohte ihr eine Reduzierung der Schlüsselzuweisung des Landes. Die Konsequenz, die sich aus letzterem ergab, faßte Bürgermeister Bär im Jahre 1972 wie folgt zusammen: „Entweder weniger unternehmen - oder durch Steuererhöhungen den Einnahmeausfall teilweise auffangen".[8]

Mit unguten Gefühlen verfolgte man in Seebach in den Jahren 1972-1974 den Entscheidungsprozeß, der sich in Sachen Kommunalreform in Stuttgart vollzog. Der Zielplanungsentwurf der Landesregierung von 1973 sah zur Überraschung vieler vor, daß Seebach als Teilverwaltungsraum von Kappelrodeck ausgewiesen werden könne. Bürgermeister Bär reagierte in der Bürgerversammlung vom 16. November 1973 hierauf folgendermaßen: „Der Gemeinderat muß alles daransetzen, trotz dünner Finanzdecke den Nachweis der Existenzberechtigung der Gemeinde auch für die Zukunft zu führen. Dazu gehören u.a. leistungsfähige Verwaltung, genügende Finanzausstattung, ausreichende Infrastruktur, kulturelle Aktivität (Bildungswerk, Vereine etc.), gesunde Entwicklung (Einwohner, Bausektor, Landschaft und Fremdenverkehr)".[9]

6) ebd.
7) GAS: Sitzungsprotokolle (21. März 1972)
8) GAS: Bürgerversammlungen (1966-1981)
9) ebd.

Das 1974 verabschiedete Landesgesetz schuf den „Gemeindeverwaltungsverband Kappelrodeck", innerhalb dessen die Gemeinde Seebach einen Teil ihrer Kompetenzen (insbesondere die Planungsaufgaben, die Bauleitung und Bauaufsicht, die Gemeindeverbindungsstraßen sowie die Führung der Gemeindekasse) an den Verband abtreten sollte. Diese am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Neuordnung kommentierte Bürgermeister Bär in einem Rundschreiben vom 2. Januar 1975 an alle Seebacher Haushaltungen mit folgenden Sätzen: „Die völlige Selbständigkeit wäre uns allen lieber gewesen; doch sahen wir keine Chancen mehr, diesen Wunsch zu realisieren. Angesichts der „verhinderten" Eingemeindung (in Baden-Württemberg wurden aus 3.400 Gemeinden 1.100 gemacht) dürfen wir gerade noch zufrieden sein".[10)]

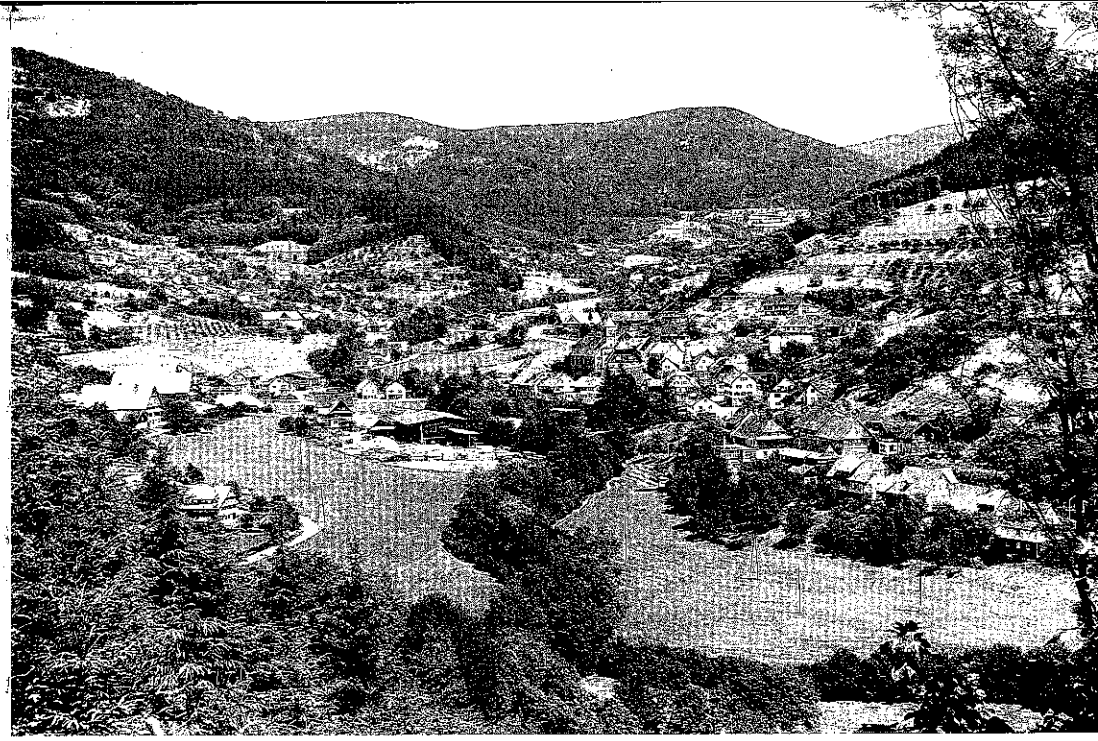
Angemerkt sei schließlich noch, daß bei der Umsetzung des erwähnten Landesgesetzes von 1974 die Gemeinde Seebach lediglich die Führung der Gemeindekasse sowie die vorbereitende Bauleitplanung (Flächennutzungsplan) an den Gemeindeverwaltungsverband Kappelrodeck abtrat.[11)]

*Baumaßnahmen*

Die Gemeinde Seebach, die nach Inkrafttreten der Kommunalreform als kleinste selbständige Gemeinde des neugeschaffenen Ortenaukreises fortbestehen durfte, mußte gewaltige Anstrengungen unternehmen, um den Ansprüchen gerecht zu werden, die die Bürgerschaft und höhere politische Instanzen an sie stellten. Insbesondere hatte die Gemeindeverwaltung konsequent weitere Schritte bei der Baulanderschließung in die Wege zu leiten, um den zahlreichen Bauwilligen geeignete Bauplätze anbieten zu können. Das Neubaugebiet Wildenberg, für das bis 1971 für Grunderwerb und Erschließung mehr als eine Million Mark aufgewendet werden mußte, belastete auch im Jahre 1972 den Gemeindehaushalt, denn es waren noch nicht alle Beträge seitens der Bauherren eingegangen und noch nicht alle Plätze verkauft. Infolgedessen war die Gemeinde gezwungen, im Jahre 1972 ein Darlehen von 165 000 DM zur Finanzierung des Projektes Wildenberg aufzunehmen.[1)]

10) ebd.
11) Die vorbereitende Bauleitplanung hatte zuvor der Planungszeckverband „Oberes Achertal" wahrgenommen, dem die Gemeinden Kappelrodeck, Waldulm, Furschenbach, Ottenhöfen und Seebach angehörten.
1) GA S.: Bürgerversammlungen 1966-1981 (19. Sept. 1972)





*Blick auf Seebach. Aufnahme aus den 80ger Jahren des 20. Jahrhunderts.*

In seinem Rundschreiben an alle Haushaltungen vom 12. Dezember 1972[2)] bat Bürgermeister Bär die „ortsansässigen Bauinteressenten um Anmeldung ihres Bedarfs", denn man wollte vermeiden, „daß in kurzer Zeit wieder keine Bauplätze mehr zur Verfügung stehen".

Nachdem im Laufe der siebziger Jahre alle Bauplätze am Wildenberg – u.a. auch an Auswärtige – vergeben waren, begnügte man sich zunächst damit, bestehende Baulücken in den einzelnen Baugebieten auf der Gemarkung Seebach zu schließen. Ferner veräußerte die Gemeinde in jenen Jahren ihre restlichen Bauplätze an Bauwillige. Bürgermeister Bär gab in der Bürgerversammlung vom 16. November 1973 außerdem zu erkennen, „daß es voraussichtlich möglich sei, in den Bohnertshöfen noch einige wenige Bauplätze zu planen".[3)]

Da das Interesse an Bauplätzen in den siebziger Jahren ständig anwuchs, erfolgte schließlich eine Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich Kirchplatz-Kleineck. Daraufhin legte die Gemeinde Seebach

2) ebd. (12. Dez. 1972)
3) ebd. (16. Nov. 1973)

im Jahre 1976 dem Gemeindeverwaltungsverband und dem Regierungspräsidium Freiburg den Antrag zur Genehmigung eines Baugebietes südlich der Kirche vor.[4] Als im Jahre 1979 auch das Landratsamt Offenburg dem Bebauungsplan zugestimmt hatte, konnte im Frühjahr 1980 mit der Erschließung des Baugebietes Kirchplatz-Kleineck begonnen werden.[5]

Für die Erschließung der vorgesehenen 26 Bauplätze mußten etwa 1,7 Millionen DM aufgebracht werden. Die Gemeinde Seebach war deshalb gezwungen, zur Vorfinanzierung Kredite in Höhe von mehreren hunderttausend DM aufzunehmen.[6] Bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre entstand auf den Bauplätzen des Neubaugebietes, die ausschließlich an einheimische Bauwillige vergeben wurden, eine größere Anzahl von schmucken Wohnhäusern.

Durch die Abrundungssatzungen für die Ortsteile „Vorderseebach" und „Deckerhöfe" wurden weitere Baumöglichkeiten geschaffen. Für den Ortsteil „Hubershof" wurde im Jahre 1987 die Aufstellung eines Bebauungsplanes beschlossen mit dem Ziel, drei Bauplätze auszuweisen.[7]

Den Verantwortlichen der Gemeinde Seebach lag nicht nur daran, Bauland für die Erstellung von Wohnhäusern zu erschließen, sondern sie ergriffen auch die Initiative zur Planung und Erschließung eines Gebietes für das örtliche Handwerk. Im Jahre 1977 wurde das Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplanes für das Gebiet hinter dem Sägewerk Wilhelm Schnurr KG entlang der Acher eingeleitet, wo das Gewerbegebiet „Knappenhöfe" entstehen sollte. Noch vor Eingang des positiven Bescheids durch die staatlichen Behörden begann man mit der Aufstellung des Bebauungsplanes, und es wurden Grunderwerbsverhandlungen mit den dortigen Eigentümern geführt. Schon im Jahre 1979 konnte die Gemeinde Seebach im geplanten Gewerbegebiet 1 Hektar Fläche erwerben. Im Rahmen der Erschließungsarbeiten mußte eine Brücke über die Acher gebaut werden, aufgrund deren sich die Finanzierungskosten beträchtlich erhöhten.[8] Im Jahre 1987 wurde die Resterschließung des Gewerbegebietes „Knappenhöfe" durchgeführt, wo bis 1986 bereits fünf von sieben Plätzen verkauft worden waren.[9]

Parallel mit der Erschließung von Baugelände für Privathäuser und Gewerbebetriebe, worauf sich die Gemeinde u.a. durch den Erwerb von

4) ebd. (14. Juli 1976)
5) ebd. (17. Jan. 1979)
6) ebd. (17. Jan. 1979 u.a.)
7) ebd. (25. Febr. 1987)
8) ebd. (5. Dez. 1979)
9) ebd. (23. Dez. 1986)



Tauschgelände vorbereitet hatte (z.B. 1965/66 durch den Kauf des Hilsenhofes mit dem dazugehörigen Gelände), lief seit dem Jahre 1975 das sogenannte „Schwarzwaldverfahren", das die Anlage von Wirtschaftswegen und Hofzufahrten ermöglichte. In den Jahren 1977 bis 1979 wurde dieses Projekt in die Tat umgesetzt. Die Gesamtkosten beliefen sich auf über 2 Millionen DM, von denen das Land Baden-Württemberg 85% übernahm. Der Anteil, den die Anlieger und die Gemeinde Seebach übernehmen mußten, betrug 319.500 DM. Die Gemeinde wurde insofern in die Pflicht genommen, als bei der Verwirklichung des „Schwarzwaldverfahrens" auch Erholungsanlagen (u.a. Wanderwege, Wanderparkplätze, Wassertretstellen, Grillplätze, ferner der Teich in Hinterseebach mit der später hinzugekommenen Freizeitanlage) entstanden.[10]

Zu den wichtigen Bauvorhaben, die in den ersten zwanzig Amtsjahren von Bürgermeister Bär verwirklicht werden konnten, zählen außerdem die Friedhofserweiterung (1972), der Bau des Schulsportplatzes (1976) und des Sportplatzes Grimmerswald (1979), der Ausbau der Ortsdurchfahrt mit dem neuen Aufgang zum Schulhof und zur Kirche (1978), sodann der Anschluß Seebachs an die mechanisch-biologische Kläranlage in Kappelrodeck und im Zuge der Ortsentwässerung der Bau eines Zuleitungssammlers nach Hinterseebach und Grimmerswald, schließlich der Rathausumbau.

In der Bürgerversammlung vom 28. November 1980 konnte Bürgermeister Bär mitteilen, daß das Thema der gemeinsamen Kläranlage im Achertal zunehmend an Bedeutung gewinne, nachdem das Wasserwirtschaftsamt in einem Bericht zu der Auffassung gelangt sei, daß die bestehenden Anlagen im Achertal nicht mehr zweckgerecht arbeiten könnten. Eine Einigung zwischen den drei beteiligten Gemeinden Kappelrodeck, Ottenhöfen und Seebach sei bisher trotz vieler Verhandlungen noch nicht zustandegekommen.[11] Die im Jahre 1980 noch nicht erreichte Einigung wurde zwei Jahre später erzielt: In erster Linie wegen der Betriebskosten und auch wegen des Reinigungseffektes wurde beschlossen, die gemeinsame Kläranlage in Kappelrodeck zu erstellen. Die Kosten für dieses 1983 begonnene Großprojekt beliefen sich auf etwa 19 Millionen DM. Das Land Baden-Württemberg sicherte eine Beihilfe von 70% der Gesamtkosten zu. Der Anteil der Gemeinde Seebach betrug 12,2%, das sind nicht weniger als circa 700.000 DM.[12]

10) ebd. (5. Dez. 1979) 11) ebd. (28. Nov. 1980) 12) ebd. (16. April 1982, 3. Dez. 1986)

Der Bau des Verbindungssammlers Ottenhöfen-Kappelrodeck und die Sanierung bzw. Erweiterung der Kläranlage in Kappelrodeck war in Seebach begleitet von der Errichtung eines Schmutzwasserverbindungssammlers ab den Sägewerken Schnurr/Bohnert bis Hinterseebach und des Verbindungssammlers in den Bereich Grimmerswald. Der Verbindungssammler Hinterseebach, der 1983 fertiggestellt war, kostete 1.093.525 DM. Aus finanziellen Gründen wurde der Bau des Verbindungssammlers Grimmerswald zunächst zurückgestellt; nachdem das Land schließlich auch für diese Baumaßnahme Zuschüsse gewährt hatte, konnte der Abwasserkanal Grimmerswald zum Preis von 1.390.000 DM bis zum Jahresende 1986 fertiggestellt werden.[13)]

Die Anlage des Verbindungssammlers Grimmerswald wurde in verantwortlichen Kreisen der Gemeinde Seebach ursprünglich mit dem Bau einer Mehrzweckhalle in Verbindung gebracht. Da die finanziellen Mittel der Gemeinde Seebach zur Verwirklichung beider Vorhaben trotz staatlicher Zuschüsse nicht ausreichten, gab es im Gemeinderat und in der Bevölkerung starke Kräfte, die dem Bau einer Mehrzweckhalle den Vorzug gaben. In der Bürgerversammlung vom 26. April 1985 trugen beide Parteien ihre Argumente vor. Die Befürworter der Mehrzweckhalle, die bis heute noch nicht gebaut werden konnte, betonten, daß zur Pflege des Sports und gesellschaftlicher Belange eine Mehrzweckhalle dringend erforderlich sei; ferner könnte der Fremdenverkehr durch das Vorhandensein einer Halle wesentlich gefördert werden.[14)]

Ohne Schwierigkeiten gingen die vom Gemeinderat beschlossenen Umbaumaßnahmen am Seebacher Rathaus vonstaaten, für die mehr als 500.000 DM aufgebracht werden mußten und zu denen das Land einen Zuschuß von 92.000 DM gewährte. In der Bürgerversammlung vom 28. November 1980 konnte Bürgermeister Bär den planmäßigen Baufortschritt melden. Der Archivraum im Keller des Rathauses sei bereits fertiggestellt, und der Bürgersaal im zweiten Stock des Gebäudes könne bis Weihnachten 1980 seiner Bestimmung übergeben werden. Des weiteren teilte der Bürgermeister mit, daß die Gemeindebücherei mit über 1000 Bänden künftig im Obergeschoß untergebracht werden könne und daß im Zuge der Umbaumaßnahmen auch Veränderungen an der Fassade des Rathauses vorgenommen würden.[15)] Die Einweihungsfeierlichkeiten zu der gelungenen Rathaus-Sanierung fanden am 16. Dezember 1981 statt.

13) ebd. (3. Dez. 1986)
14) ebd. (26. April 1985)
15) ebd. (Pressebericht ABB vom 16. Dez. 1980)



Im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen im Rathaus sei noch erwähnt, daß im Jahre 1985 der Raum über dem Bürgersaal des Rathauses zum Probelokal des Männergesangvereins „Freundschaft" ausgebaut wurde, wobei die Gemeinde die Materialkosten übernahm.[16)]

*Prolog anläßlich der Einweihung des renovierten Rathauses in Seebach im Dezember 1981*

*Vor 140 Jahren,*
*da baute man dieses Haus!*
*Wer zählt sie, die da waren*
*und gingen ein und aus?*

*Es waren Generationen,*
*denen der Bau gedient*
*als Rathaus und zum Wohnen,*
*zur Bildung auch für's Kind.*

*So hat es treu gedienet*
*die vielen langen Jahr,*
*doch viel hat sich gewandelt,*
*was ehdem recht so war.*

*Es galt nun, Anschluß finden*
*an die moderne Zeit.*
*Man wollt zugleich verbinden*
*Ehrwürdig-alt mit heut.*

*Ein Lob für das Gestalten*
*dem, der Ideen fand!*
*Das Alte ist erhalten,*
*neuzeitlich das Gewand!*

*Das Haus soll weiter dienen*
*wie bisher allerwegen;*
*mög guter Rat darin gelingen!*
*Dazu sei allen Gottes Segen!*

*6. 12. 81* *Josef Herrmann*

16) GAS: Bürgerversammlungen 1982-1988 (26. April 1985)

*Förderung des Fremdenverkehrs und Maßnahmen zur Ortsverschönerung*

Einen Schwerpunkt in den ersten zwanzig Amtsjahren von Bürgermeister Bär bildete die Förderung des Fremdenverkehrs. Das Ortsoberhaupt begründete diesen wichtigen Programmpunkt seiner Politik bei zahlreichen Anlässen, unter anderem in der Bürgerversammlung vom 7. Dezember 1977.[1] Die Landwirtschaft erbringe, so Bär, keine Zuwachsraten und sei vielfach auf Zuerwerb angewiesen. Die Standortsgunst ergebe auch für die Industrie und das Gewerbe wenig Aussicht, deshalb müsse man auf das Fremdenverkehrsgewerbe setzen.

Die Förderung des Fremdenverkehrs konnte letztlich nur gelingen, wenn die Gemeinde genügend Geldmittel zur Verbesserung der Fremdenverkehrseinrichtungen zur Verfügung stellte und wenn die Beherbergungsbetriebe sowie die gesamte Bevölkerung notwendige Initiativen auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs ergriffen.

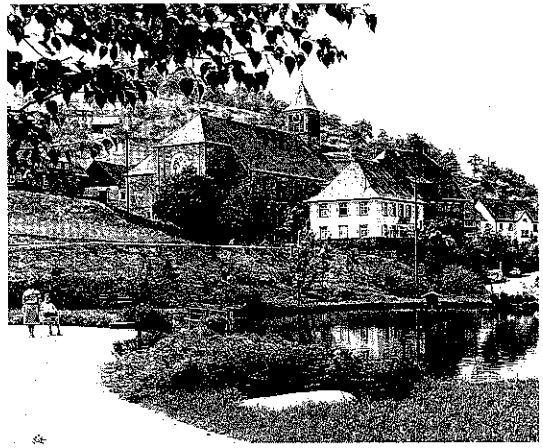
Zu einer wichtigen Einrichtung des Seebacher Fremdenverkehrs entwickelte sich der Fremdenverkehrsausschuß, der im Jahre 1971 ins Leben gerufen wurde. Er war von vornherein eine Gemeinschaft aus „Verwaltung und Praxis", die dem Fremdenverkehr neue Impulse gibt, Probleme des Fremdenverkehrs erörtert und dem Gemeinderat ausgearbeitete Vorschläge unterbreitet.

Mit Genugtuung konnte Bürgermeister Bär, der im Jahre 1975 das einflußreiche Amt des Vorsitzenden des Heimat- und Verkehrsvereins übernahm, im Jahre 1979 eine Erfolgsbilanz aufmachen. „Ein kleiner Teil der Erholungsanlagen", so betonte er in der Bürgerversammlung vom 17. Januar des genannten Jahres, „ist bereits begonnen. Im Jahre 1979 sollen die geplanten Erholungsmaßnahmen in vollem Umfange durchgeführt werden (Wanderwege, Beschilderung, Wanderparkplätze, 100 Sitzbänke, Wassertretstelle, eventuell ein See bei Vollmers Mühle)".[2]

Von der Vielzahl der Einzelmaßnahmen, die die Gemeinde in den siebziger und achtziger Jahren zur Förderung des Seebacher Fremdenverkehrs verwirklichte, seien insbesondere der Bau des Kurparks (mit Musikpavillon und Teich) im Jahre 1972/73, die Anlage des Waldsportpfades Kleineck-Scherzenteich (1973), der Bau des Acher- und Acherrundweges von Ottenhöfen bis zum Wolfsbrunnen (1970-1975) unter Mitwirkung von Mitgliedern des Verkehrsvereins und der freiwilligen Feuerwehr erwähnt.

1) GAS: Bürgerversammlungen 1966-1981 (7. Dez. 1977)
2) ebd. (17. Jan. 1979)





*Blick vom Kurpark zur Pfarrkirche.*

Der Kurpark wurde 1989 um einen Fußgängerweg erweitert, der von der Ruhesteinstraße durchs „Haase Matt" zum Kurpark, von dort über einen überdachten Fußgängersteg zum gleichzeitig neu angelegten Abenteuerspielplatz (mit Biotop u. Kräutergarten) hinauf zum Friedhof führt. Neue Ortsprospekte wurden in den Jahren 1973, 1978, 1981 und 1985 herausgegeben.

Dem Fremdenverkehr zugute kamen nicht zuletzt auch der Kauf von Gelände zum Bau von Tennisplätzen (1984), die Intensivierung der Gästewerbung, die Schaffung eines Werbesymbols, die Organisation von Veranstaltungen zur Unterhaltung der Gäste (z.B. wöchentliche Gästebegrüßungen, Kurkonzerte, Wanderungen und Besichtungen), die Einrichtung und sachkundige Besetzung des Verkehrsamtes im Rathaus. Durch das „Naßzellenprogramm" gewährte die Gemeinde in den Jahren 1988 bis 1990 Zuschüsse für den zeitgemäßen Ausbau von Gästezimmern und Ferienwohnungen (Dusche, WC, Balkon). Auf Privatinitiative richteten Frau Christa Zitny und Herr E. Franze das „Trachten- und Volkskunstmuseum Seebach" ein.

Im Jahre 1983 z.B. ließ Bürgermeister Bär die Bevölkerung von Seebach wissen, daß die Gemeinde in diesem Jahr zur Finanzierung des Fremdenverkehrs 170.000 DM ausgegeben und in diesem Bereich nur 103.000 DM eingenommen habe.[3]

3) GAS: Bürgerversammlungen 1982-1988 (22. April 1983)

Die für den Kurbetrieb eingesetzten Geldmittel und die vielseitigen Aktivitäten der Gemeinde, des Verkehrsvereins, der übrigen Vereine, der Gastronomie, der Zimmervermieter, engagierter Bürger und anderer dienten letztlich auch dem Ziel, für Seebach das Prädikat „Luftkurort" zu erwerben und damit die seit 1972 bestehende Bezeichnung „Erholungsort" durch die werbewirksamere Auszeichnung „Luftkurort" zu ersetzen. Im Frühjahr 1983 waren die erforderlichen Aerosolmessungen abgeschlossen,[4] deren positives Ergebnis das Prädikat „Luftkurort" ermöglichte. Am 23. Februar 1984 wurde im Regierungspräsidium Freiburg die Urkunde ausgestellt, die der Gemeinde Seebach das Recht zum Führen der Bezeichnung „Luftkurort" gestattete. Unterzeichnet hat dieses bedeutsame Dokument der Freiburger Regierungspräsident Dr. Nothhelfer.

Um der hohen Auszeichnung gerecht zu werden, setzte die Gemeindeverwaltung unter der Führung von Bürgermeister Bär neben den bereits erwähnten Projekten und dem seit 1979 bestehenden kommunalen Programm zur Förderung ortsbildprägender Bausubstanz in den achtziger Jahren das sogenannte Dorfentwicklungskonzept des Regierungspräsidiums in die Tat um und animierte die Bürger Seebachs zur Teilnahme an Wettbewerben zur Verschönerung des Ortsbildes. Mit den Dorfentwicklungsmaßnahmen machte der Bürgermeister die Bürger seiner Gemeinde ausführlich in seinem Rundschreiben vom 8. März 1982 vertraut. Jeder Hauseigentümer wußte fortan, daß er über das Bürgermeisteramt Seebach den Antrag auf Gewährung von Zuschüssen zu Dorfentwicklungsmaßnahmen stellen konnte. Der Zuschuß betrug in der Regel 30%, höchstens aber 20.000 DM. Zuschußfähig waren insbesondere folgende Maßnahmen: Erhaltung der ortsbildprägenden Bausubstanz, Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden, Standortverlegung landwirtschaftlicher Gehöfte, Abbruch von alten Gebäuden, Umbau und Neubau landwirtschaftlicher Gehöfte und die Aktion „Ferien auf dem Bauernhof".[5] Die Bürger Seebachs machten regen Gebrauch von diesem attraktiven Dorfentwicklungsprogramm – von 1984 bis 1989 gab das Land Zusagen in 20 Fällen in einem Gesamtwert von 315.000 DM – und trugen auf diesem Wege mit dazu bei, daß sich das Ortsbild von Seebach spürbar verschönerte.

Flankierende Maßnahmen zum Dorfentwicklungskonzept bildeten die mehrfach durchgeführten Dorfverschönerungswettbewerbe, bei denen es darum ging, diejenigen Hausbesitzer auszuzeichnen, die ihr Anwesen und ihr Haus besonders gut pflegen, unter anderem durch „Maßnahmen zur gefälligeren und ursprünglichen Gestaltung der Gebäude" und durch reichen Blumenschmuck am Haus und im Garten. Der Bürgermeister konnte in den achtziger Jahren immer wieder zahlreiche Preisträger des Ortsverschönerungswettbewerbs beglückwünschen.

Auch auf Landes- und Bundesebene nahm die Gemeinde Seebach an Wettbewerben teil, aus denen das Mummelseedorf 1980 und 1986 siegreich hervorging. Im Jahre 1980 wurde Seebach Landessieger aufgrund seines „besonders beispielhaften Gästebetreuungsprogramms". Am 14. Januar 1986 unterzeichnete Martin Herzog, der Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie von Baden-Württemberg, eine Urkunde, mit der die Gemeinde Seebach gemeinsam mit der Pension Bohnert wegen ihres familienfreundlichen Angebotes als Landessieger im Wettbewerb 1985 „Ferien für die Familie in Baden-Württemberg" ausgezeichnet wurde. In Bonn wurde am 10. November 1986 von Frau Prof. Dr. Süssmuth, der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, eine weitere Urkunde für Seebach signiert, die diese Gemeinde mit ihren Beherbergungsbetrieben als Sieger im Bundes-Wettbewerb 1985/86 für besonders familienfreundliche Ferienangebote ausweist.

Die hohen Auszeichnungen für Seebach, das Ergebnis bemerkenswerter Anstrengungen in Sachen Fremdenverkehr, bewirkten, daß der Seebacher Fremdenverkehr seit der Mitte der achtziger Jahre nennenswerte Zuwachsraten zu verzeichnen hat, worauf Bürgermeister Bär und die Bürgerschaft von Seebach immer wieder mit Stolz abheben. Dabei verhehlt man jedoch nicht, daß Seebach für den Fremdenverkehr noch attraktiver sein könnte, wenn das in den siebziger Jahren projektierte „Kur- und Sporthotel" sowie das in den achtziger Jahren als wünschenswert erklärte „Haus des Bürgers und Gastes" bzw. die Mehrzweckhalle gebaut worden wären.[6]

4) ebd. (22. April 1983)
5) ebd. (INFO I/1984)

6) Letzteres soll in den Jahren 1992/1993 in Angriff genommen werden (Mitteilung von Bürgermeister Bär – Januar 1990)

*Hilfe für die landwirtschaftlichen Betriebe*

Die Landwirtschaft, einst alleinige Erwerbsquelle der Bevölkerung Seebachs, entwickelte sich im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft mit ihrer landwirtschaftlichen Überproduktion zu einem Sorgenkind der Gemeinde Seebach. Sinkende Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte, Absatzschwierigkeiten aufgrund des Überangebots an Produkten, unrentable Flächen in Steillagen, ungünstige klimatische Voraussetzungen, Rückgang der Holzpreise, geringere Holzerträge angesichts des „Waldsterbens" und anderes mehr veränderten die landwirtschaftlichen Strukturen in Seebach und zwangen manchen Vollerwerbslandwirt, zum Nebenerwerbslandwirt zu werden oder den landwirtschaftlichen Betrieb ganz aufzugeben. In den achtziger Jahren erreichten in Seebach nur noch etwa neun landwirtschaftliche Betriebe annähernd das angesetzte Produktionsvolumen eines voll bäuerlichen Betriebes und dies nur unter Einbeziehung der Waldflächen. Dagegen erhöhte sich im genannten Jahrzehnt die Zahl der Seebacher Nebenerwerbslandwirte auf 61.[1]

Die Unterstützung, die landes- und bundesweit der Landwirtschaft zuteil wurde und heute noch zuteil wird, ergänzte die Gemeindeverwaltung Seebach immer wieder durch eigene Initiativen und Anregungen. In der Bürgerversammlung vom 28. März 1973 versuchte Bürgermeister Bär „Verständnis zu wecken, daß gewisse Umstellungen in der heimischen Landwirtschaft erforderlich sind". Er konkretisierte seine Vorstellungen dahingehend, daß einige Seebacher Landwirte Nebenerwerbslandwirte werden müßten und sich über den Fremdenverkehr neue Erwerbsquellen erschließen sollten. Außerdem versprach der Bürgermeister den Landwirten, daß die Gemeinde ihnen bei Bauvorhaben helfen und „Grüne-Plan-Mittel hereinholen" werde.[2] In seinem Rundschreiben vom 12. Juli 1973 konnte das Ortsoberhaupt eine weitere Hilfeleistung ankündigen: Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Baden-Württemberg habe Richtlinien aufgestellt für die Gewährung von Landeszuschüssen zur Schaffung und Einrichtung von Fremdenzimmern in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Antragsberechtigt seien Landwirte, die nicht mehr als acht Gäste gleichzeitig beherbergen wollten.[3] Dieses Angebot und die etwas später eingeleitete Aktion „Ferien auf dem

1) vgl. GAS: Örtliches Entwicklungskonzept Seebach, 1983, S. 7, S. 25
2) GAS: Bürgerversammlungen 1966-1981 (28. März 1973)
3) ebd. (12. Juli 1973)



Bauernhof" schufen wichtige Voraussetzungen dafür, daß mancher Seebacher Landwirt seinem Beruf treu bleiben konnte.

Um der weiterhin „in höchster Sorge befindlichen Landwirtschaft" Seebachs helfen zu können, entwickelte Bürgermeister Bär im Jahre 1984 einen Plan, der Bewirtschaftungsprämien von seiten der Gemeinde für Steillagengebiete vorsah. Es wurde hierzu eigens eine Kommission gebildet, die festlegte, in welchem Bereich wessen Grundstücke gelegen sind und zum Steillagengebiet erklärt werden können.[4]

Neben der direkten Hilfeleistung stand ein anderer Gedanke Pate bei der Aktion „Bewirtschaftungszuschuß für Steillagen". Bürgermeister Bär bekannte sich in seiner Bürgerinformation vom 2. April 1985 unmißverständlich hierzu, und zwar mit folgenden Worten: „Angesichts der weiter zurückgehenden Einnahmen aus der Landwirtschaft ist es nicht mehr selbstverständlich anzunehmen, daß auf Dauer die freie Landschaft, die unser größtes Kapital darstellt, offengehalten und gepflegt wird".[5] Die Gemeindeverwaltung sieht in den Bergbauern, die manchenorts damit begonnen hatten, Wiesen- und Ackerflächen aufzuforsten, also auch Landschaftspfleger und gibt ihnen eine spürbare Anerkennung für ihren wertvollen Dienst an der Allgemeinheit.

Nach vielen Beratungen beschloß der Gemeinderat von Seebach, allen Grundstückseigentümern einen zusätzlichen Zuschuß zur Pflege der nicht maschinenbearbeitbaren Steilflächen zu gewähren.[6] Im Jahre 1985 wurden hierfür fast 10.000 DM aufgewendet. Der Zuschuß, der kein Ersatz der notwendigen Betriebseinnahmen sein konnte, betrug je Hektar Steillage 180,- DM; 58 landwirtschaftliche Betriebe Seebachs kamen in den Genuß dieser Prämie aus der Gemeindekasse.[7]

Im Jahre 1986 entschloß sich auch der Ortenaukreis zur Förderung der Bergbauernbetriebe und gewährte erstmals eine Ausgleichszulage als Freiwilligkeitsleistung an alle Bergbauernbetriebe, die als selbstbewirtschaftete Eigentums- und Pachtfläche in der benachteiligten Agrarzone mindestens 1 Hektar Fläche haben und Vieh halten. Diese Zulage des Ortenaukreises betrug 120,- DM pro Hektar. Sie wurde jedoch nur dann ausbezahlt, wenn die Gemeinde selbst eine Ausgleichszulage in gleicher Höhe bewilligte. Der Seebacher Gemeinderat erklärte sich in seiner Sitzung

4) GAS: Bürgerversammlungen 1982-1988 (12. Sept. 1984)
5) ebd. (2. April 1985)
6) ebd.
7) ebd. (24. November 1986)

vom 19. März 1986 einstimmig für die Erfüllung dieser Bedingung des Ortenaukreises.[8]

Prämien durften zeitweise auch diejenigen Landwirte in Anspruch nehmen, die sich angesichts der Überproduktion an Milch für die Reduzierung des Viehbestandes entschieden. Neuerdings wurde überdies eine Kontingentierung der Milchproduktion beschlossen.

Eine folgenschwere Entwicklung für die waldbesitzenden Landwirte bahnte sich an, als das „Waldsterben" bedrohliche Ausmaße annahm. In der Bürgerversammlung vom 6. Dezember 1983 ging Bürgermeister Bär hierauf in großer Sorge ein und machte den Zuhörern folgendes klar: „In einer Gemeinde mit 76% Waldbestand, mit vielen Arbeitnehmern bei Forst und im Wald, bei fünf Sägewerken sind wir wohl alle stark betroffen. Die Existenz der Waldbauern ist ernsthaft bedroht. Die Auswirkungen auf den Fremdenverkehr sind noch nicht abzusehen".[9] Förster Weissinger, der in dieser Bürgerversammlung fundierte Einzelheiten zum Thema „Waldsterben" vermittelte, schloß seine mit Beifall bedachten Ausführungen mit der Aufforderung, man solle jetzt die Politiker „aufhetzen", denn, wer nichts tue, mache sich mitschuldig.[10]

*Die Entwicklung der Gemeindefinanzen*

In den ersten Amtsjahren von Bügermeister Bär, die wesentlich von dem Bemühen um die Wahrung der kommunalen Selbständigkeit geprägt waren, hatte man in Seebach große Sorgen bei dem Gedanken, daß bei Erhaltung der Selbständigkeit die Schlüsselzuweisungen des Landes reduziert würden. Dies war insofern eine bittere Perspektive, als die Gemeinde Seebach in jener Zeit große Projekte in Angriff genommen hatte bzw. welche zu verwirklichen gedachte. Bereits im Jahre 1971 war der Schuldenstand der Gemeinde von 304.000 DM auf 429.000 DM angestiegen, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 280 DM bedeutete.[1] Trostreich war jedoch der Tatbestand, daß den Schulden Vermögenswerte der Gemeinde in Höhe von 2,5 Millionen DM gegenüberstanden.

Neben Sparmaßnahmen, die mancherorts vertretbar waren, galt es, den Weg der Selbsthilfe zu beschreiten. Letzteres präzisierte Bürgermeister Bär im Jahre 1973 dahingehend, daß in der Gemeinde für die große

8) GAS: Sitzungsprotokolle des Gemeinderats (19. März 1986)
9) GAS: Bügerversammlungen (6. Dez. 1983)
10) ebd.
1) GAS: Bürgerversammlungen (15. Sept. 1971)



Zahl der Bauwilligen weiteres Bauland erschlossen werden müsse; als willkommene Folge davon erhöhten sich die Grundsteuer, der Einkommensteueranteil und die Finanzzuweisungen, die bekanntlich nach der Einwohnerzahl gewährt werden.[2] Angesichts der Kostenlawine, die in der Mitte der siebziger Jahre einen Höhepunkt erreicht hatte, mußte sich die Gemeindeverwaltung zu einem weiteren Schritt entschließen, den Bürgermeister Bär im Jahre 1976 mit folgenden Worten umriß: „Wenn ich meine Verantwortung Ihnen gegenüber (d.h. den Bürgern der Gemeinde gegenüber) erfüllen will, bleibt mir keine Wahl, als dem Gemeinderat die Erhöhung von Steuern und Gebühren vorzuschlagen."[3]

Die Anhebung der Steuersätze bei der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Wassergebühren im Jahre 1976 sorgte in der Folgezeit zwar für eine gewisse Entlastung der Gemeindefinanzen, aber der Beschluß der Landesregierung und des Landtages, den Finanzausgleich zugunsten der zentralen Orte zu ändern, hatte für die Gemeinde Seebach zur Folge, daß ab 1977 noch weniger Geld als bisher aus dem Staatssäckel in die Gemeindekasse floß.[4] Bürgermeister Bär stellte in diesem Zusammenhang fest: „Es wäre trotz allem falsch, zu resignieren. Wenn wir an unsere in unserem Ort uns gestellten Aufgaben gemeinsam und mit gutem Willen herangehen, dann werden wir diese trotz aller Schwierigkeiten auch in Zukunft meistern können".[5]

Diese programmatische Ankündigung des Bürgermeisters bewirkte, daß die Gemeinde Seebach die dringend zu erledigenden Aufgaben in den nächsten Jahren nur durch Vergrößerung der Schuldsumme bewältigte. Der Stand der Gemeindeschulden am 31. Dezember 1978 möge dies verdeutlichen: Sie betrugen nicht weniger als 673.576 DM; dies entsprach einer Pro-Kopf-Verschuldung von 436 DM.[6] Baulanderschließungen (Knappenhöfe, Kirchplatz-Kleineck), der Bau des Verbindungssammlers nach Hinterseebach, der Rathausumbau und andere größere Projekte ließen die Gemeindeschulden zu Beginn der achtziger Jahre nochmals gewaltig ansteigen. Bürgermeister Bär ging hierauf in der Bürgerversammlung vom 16. April 1982 wie folgt ein: „Auch wir haben in unserer Gemeinde gemäß dem allgemeinen Trend eine starke Verschuldung vorgenommen. Die Verschuldung beträgt per 1.1.1982 = DM 1.370.000, das sind je Einwohner (1.541) = DM 890,–. Im Vorjahr betrug die Verschuldung pro

2) ebd. (28. März 1973)
3) ebd. (7. Dez. 1976)
4) ebd.
5) ebd.
6) ebd. (28. Nov. 1980)

Kopf noch 513,- DM."[7] Angesichts dieser Entwicklung und aufgrund der Reduzierung der staatlichen Zuschüsse, der höheren Zins- und Tilgungsverpflichtungen und der höheren Umlagen an das Land und den Kreis gab es für den Bürgermeister und den Gemeinderat nur eine Devise: „Noch mehr sparen, nur das Notwendigste realisieren und Leistungen der Gemeinde kostendeckend erbringen".[8]

Vermerkt sei in diesem Zusammenhang, daß die Verschuldung Seebachs - laut Aufsichtsprüfung für die Jahre 1980-1983 - unter dem Landesdurchschnitt lag und daß auch die Seebacher Steuer - und Gebührensätze geringer als im Landesdurchschnitt ausfielen. Die Aufsichtsprüfer des Landratsamtes verbanden diese Feststellung jedoch mit der Empfehlung, die Gemeinde Seebach habe in den kommenden Jahren noch eine Reihe von vordringlichen Pflichtaufgaben durchzuführen, was nur durch Verbesserung der Einnahmesituation zu machen sei.[9]

Die daraufhin vom Gemeinderat beschlossenen Verbesserungen der Einnahmen (u.a. Anhebung der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer um 10 Punkte), aber auch der allgemeine Wirtschaftsaufschwung in den achtziger Jahren, der u.a. spürbare Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zur Folge hatte, ferner die vom Bürgermeister 1987 gelobte „gute Zahlungsmoral der Bürger" führten seit 1985 trotz hoher Investitionen für kommunale Projekte zur Verringerung des Schuldenstandes der Gemeinde. Im Jahre 1988 wurde der Schuldenstand unter eine Million DM gedrückt, was einer Pro-Kopf-Verschuldung von 662 DM entspricht. In seinem Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung 1988 konnte der Bürgermeister deshalb von einem „außerordentlich erfreulichen Ergebnis" berichten, wobei er hinzufügte, daß mit dem Betrag von 603.388 DM im investiven Bereich der Zuführungsrate an den Vermögenshaushalt für Seebacher Verhältnisse „ein Traumergebnis" zu verzeichnen sei.[10]

Eine positive Entwicklung der Gemeindefinanzen ist auch für das Jahr 1990 in Sicht. Bürgermeister Bär nannte in der Gemeinderatssitzung vom 10. Januar 1990 den Haushaltsplan 1990 einen „Haushalt der Konsolidierung". Man könne nämlich trotz der Verwirklichung größerer Vorhaben (z.B. Ausbau der Ortsdurchfahrt) gänzlich auf jede Neuverschuldung verzichten und den Darlehensstand um 75000 DM zurückfahren.[11]

7) ebd. (16. April 1982)
8) ebd. (16. April 1982)
9) ebd. (Bürgerinformation 2. April 1985)
10) Acher- und Bühler Bote, 9. Dez. 1989 S. 23
11) vgl. Acher- und Bühler Bote, 14. Januar 1990



*Das Erscheinungsbild der Grundschule Seebach*

Die Volksschule Seebach stellt seit dem Jahre 1970 nur noch eine Grundschule dar, in der anfänglich mehr als 160 Schüler, seit einigen Jahren jedoch nur noch zwischen 70 und 80 Schüler in den Klassen 1 bis 4 unterrichtet werden. Das Amt des Schulleiters bekleidete bis zum Jahre 1984 Oberlehrer Josef Herrmann, und am 1. August 1984 wurde Oberlehrer Roland Burst, der seit dem 18. Dezember 1989 den Titel Rektor führen darf, offiziell mit dieser Aufgabe betraut. Beide Schulleiter, begabte, vielseitig interessierte und engagierte Pädagogen, verliehen ihrer Schule zusammen mit den übrigen an der Grundschule Seebach tätigen Lehrern ein hohes Ansehen, denn sie wurden und werden den Grundsätzen und Zielsetzungen gerecht, die Bürgermeister Bär anläßlich des 25jährigen Dienstjubiläums von Schulleiter Burst in Seebach im Jahre 1986 mit folgenden Worten formulierte: „Aus meiner Sicht ist die Grundschule eine der wichtigten Schulen überhaupt. Hier werden die jungen Mitbürger erstmals in die Pflicht genommen. Die Erziehung zur Pünktlichkeit und Höflichkeit, zum Erlernen von elementaren Grundkenntnissen, das Einüben in die Gemeinschaft prägen die Arbeit an dieser Schule. Der Dreiklang Elternhaus - Schule - Kirche erfährt hier das entscheidende Fundament".[1]

Neben der Durchführung des Pflichtunterrichts wurden bisher an der Grundschule Seebach immer wieder zusätzliche Akzente gesetzt. Erwähnt seien die gut organisierten Schulsportfeste, die Wintersporttage, Unterrichtslehrgänge mit dem Förster, besinnliche Nikolaus- und Weihnachtsfeiern. Außerdem verdient die Einführung des Grundschulfranzösisch im 3. Schuljahr 1986/1987 ausdrückliche Erwähnung. Letzteres darf auch im Zusammenhang damit gesehen werden, daß im Jahre 1988 eine Schulpartnerschaft mit der elsässischen „Ecole d'Ottrott" angestrebt und verwirklicht wurde.[2]

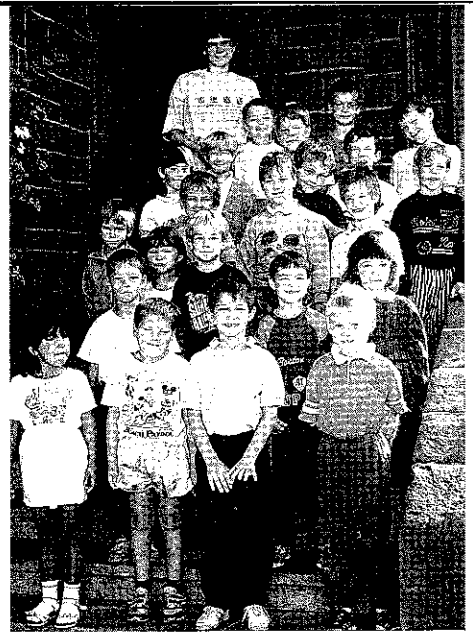
Angesichts des positiven Erscheinungsbildes, das die Grundschule Seebach abgibt, fanden sich Bürgermeister und Gemeinderat immer wieder bereit, „Arbeiten zur Verschönerung und Verbesserung der Schule" zu finanzieren und in Angriff zu nehmen. Das diesbezügliche Engagement des Schulträgers sei durch die Mitteilung illustriert, die Bürgermeister Bär bei der oben erwähnten Ehrung von Schulleiter Burst im Jahre 1986 machte. Sie lautet: Über 100.000 Mark sind im diesjährigen Haushalt (für die Grundschule) zusätzlich bereitgestellt worden, während der laufende Betrieb jährlich ca. 50-60.000 DM erfordert".[3]

1) GAS: Akte „Grundschule Seebach" 2) ebd. 3) ebd.

*Ehrennadel des Landes Baden-Württemberg an Schulleiter Josef Hermann im Rahmen seiner Verabschiedung aus dem Schuldienst im Juli 1984.*

*Kollegen-Treffen in Ottrott am 20. 4. 1988.*

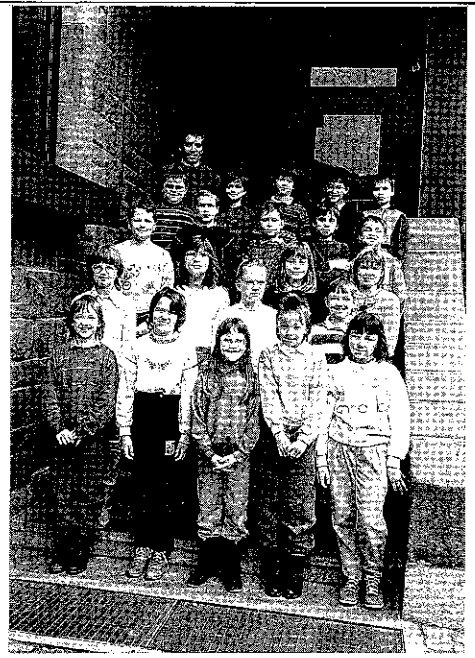




*1. Klasse (Schuljahr 1989/90) mit Klassenlehrerin Ingeborg Lechleiter.*

*2. Klasse (Schuljahr 1989/90) mit Klassenlehrerin Gabriele Bähr.*

*3. Klasse (Schuljahr 1989/90) mit Klassenlehrer Konrad Schork.*



*4. Klasse (Schuljahr 1989/90) mit Klassenlehrer Roland Burst.*

*Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Pfarrer Kiehnle, Ernennung von Dekan Still aus Ottenhöfen zum Pfarradministrator nach der Pensionierung von Pfarrer Kiehnle im Jahre 1987*

In Pfarrer und Geistlichem Rat Franz Kiehnle hatte die Pfarrei Seebach über 35 Jahre, genauer gesagt von 1952 bis 1987, eine überragende Persönlichkeit an ihrer Spitze, die nicht nur die Pfarrgemeinde, sondern auch die politische Gemeinde im positiven Sinne mitgestaltete und mitprägte. Seine menschlichen, seelsorgerischen und intellektuellen Qualitäten befähigten ihn, immer wieder große und kleine Projekte zielstrebig in Angriff zu nehmen sowie weitsichtige und dem Wohl der Allgemeinheit dienliche Entscheidungen zu treffen, die ihm Anerkennung, Zuneigung und Dankbarkeit einbrachten.

Folgt man den kurzgefaßten Eintragungen im Chronikbuch der Pfarrei Seebach und den Mitteilungen von Zeitzeugen, dann verfestigt sich das Urteil, daß Pfarrer Kiehnle mit großem Engagement und Hingabe sein Amt als Seelsorger der Pfarrei Seebach wahrnahm und den Gläubigen jeden Alters eine große Stütze in ihrem Bemühen um ein christliches Leben und bei der Bewältigung von Sorgen und Nöten war.

*Franz Kiehnle. Pfarrer in Seebach von 1952-1987.*

Seine besondere Aufmerksamkeit schenkte Pfarrer Kiehnle den Kindern, für die er unter anderem durch einen vorbildlich betreuten und bestens eingerichteten Kindergarten Sorge trug. Aber auch die schulpflichtige Jugend und die einzelnen Jugendgruppen hatten in ihm einen großen Freund und Förderer. Durch regelmäßige Altentage, Vorträge und Fahrten bot er den betagten Menschen seiner Pfarrei des öfteren Abwechslung und half ihnen, die Bürde des Alters tapfer zu tragen. Den örtlichen Vereinen und Organisationen stand er überdies stets aufgeschlossen gegenüber und förderte deren Ziele und Anliegen. Auch der politischen Gemeinde gegenüber war er immer ein fairer und wohlwollender Partner. Mit ihr zusammen verwirklichte er ein bedeutendes Projekt, nämlich die Verschwisterung mit der elsässischen Gemeinde Ottrott, wodurch er sein großes Interesse an der deutsch-französischen Aussöhnung dokumentierte.

Als Kämmerer des Dekanats und als Bezirkspräses der Kolpingsfamilien wirkte Pfarrer Kiehnle auch über die eigene Pfarrei hinaus. Ferner konnten dank der von ihm vermittelten Hilfe Priester und Katecheten ausgebildet werden.

Über den Bereich der Seelsorge hinaus setzte Pfarrer Kiehnle noch andere Akzente. Hierzu zählt einmal der Neubau der St. Michaelskapelle am Mummelsee, die in den Jahren 1971/72 nur durch das energische Zu-

tun von Pfarrer Kiehnle entstehen konnte. Ferner wäre die glänzend gelungene Renovierung der Pfarrkirche von Seebach im Jahre 1970 nicht ohne Pfarrer Kiehnle möglich geworden. Die Aufzählung von sichtbaren Aktivitäten des Pfarrherrn wäre unvollständig, würde man nicht auch Kiehnles erfolgreiches Bemühen um die Modernisierung des Pfarrsaales und den Bau des Pfarrheims St. Franziscus erwähnen.

Die Verdienste, die sich Pfarrer Kiehnle in Seebach und darüber hinaus erwarb, verdienten, besonders gewürdigt zu werden. Aus diesem Grunde beschloß der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 27. Juli 1977, Pfarrer Kiehnle das Ehrenbürgerrecht der Gemeinde Seebach zuzuerkennen.[1] Die Verleihung des Ehrenbürgerrechts erfolgte im Rahmen einer

*Prolog zum 25jährigen Ortsjubiläum von Pfarrer Kiehnle*

*25 volle Jahre –*
*wirklich eine lange Zeit*
*gemessen an der Menschen Leben,*
*doch kurz im Licht der Ewigkeit!*
*Ein Vierteljahrhundert an Sorgen und Mühen,*
*an Arbeit und Alltäglichkeit,*
*es ist entschwunden, konnt entfliehen*
*in den Schoß der Ewigkeit.*
*Wohl dem, der in so vielen Jahren*
*nur Gutes tat zu andrer Wohl,*
*mit Mühen auch tat niemals sparen*
*und immer war der Liebe voll.*
*Für andre immer sein bereit,*
*mit andern leiden, an sie denken,*
*zu trösten sie in schwerem Leid*
*und Hoffnung und Vertrauen schenken.*
*Wohl ihm, der darf die Menschen führen,*
*auf schmalen Pfaden gibt Geleit,*
*der Richtung weist und sie läßt spüren*
*in dunkler Nacht noch Sicherheit.*
*Wohl dem, der Gottes Wort verkündet,*
*der sät den guten Samen aus,*
*der Wege weist und Richtung findet,*
*die führt in Gottes Vaterhaus.*
*Wohl dem, der immer sich bemühte*
*und mehr tat, als nur seine Pflicht*
*für Menschen in der Jugend Blüte*
*wie solche, die am Ziele dicht.*
*Dafür gilt's heute Dank zu sagen.*
*Wir taten im Gebet es schon*
*für alle Mühe, alle Plagen;*
*ein andrer geb' dann seinen Lohn!*
*Wir alle sind heut' aufgerufen,*
*zu würd'gen, was für uns getan,*
*vertreten alle Altersstufen,*
*beginnt die Ehrung, fanget an!*

*21. 8. 77*

Josef Herrmann

1) GAS: Sitzungsprotokolle (27. Juli 1977)



würdigen Feier, die am 4. September 1977 stattfand, d.h. an dem Tag, als Franz Kiehnle vor 25 Jahren das Amt des Pfarrers von Seebach angetreten hatte. Auf der Urkunde, die Bürgermeister Gerhard Bär dem Geehrten überreichte, ist folgender Text festgehalten:

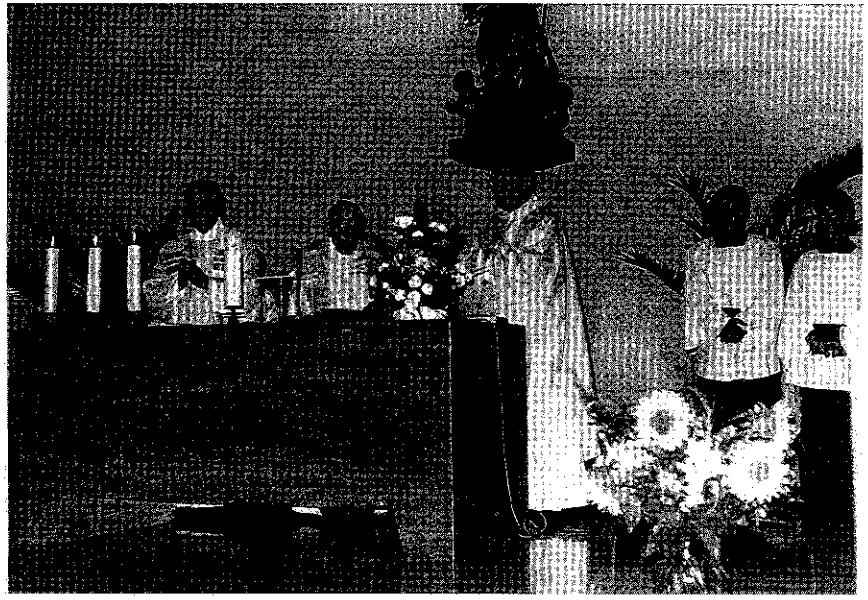
„Der Gemeinderat der Gemeinde Seebach/Ortenaukreis hat in seiner Sitzung vom 27. Juli 1977 den Beschluß gefaßt, dem Hochw. Herrn Pfarrer Franz Kiehnle in Würdigung und aus Dankbarkeit für die großen Verdienste, welche er sich in 25-jähriger vorbildlicher und aufopferungsvoller seelsorgerischer Tätigkeit in unserer Gemeinde erworben hat, das Ehrenbürgerrecht zu verleihen".

Nach seiner Ernennung zum zweiten Ehrenbürger der Gemeinde Seebach wirkte Pfarrer Kiehnle noch weitere zehn Jahre segensreich in

*Verabschiedung von Ehrenbürger Geistl. Rat Pfarrer Franz Josef Kiehnle im Oktober 1987.*

Seebach. Im Jahre 1987 jedoch wünschte er sich den verdienten Ruhestand: Am 4. Oktober dieses Jahres fand nach einem Festgottesdienst die feierliche Verabschiedung im Pfarrsaal statt, welche der Kirchenchor, der Gesangverein und die Musikkapelle musikalisch umrahmten und bei der Bürgermeister Bär, Pfarrgemeinderatsvorsitzender Konrad Schork und andere nochmals die Verdienste Pfarrer Kiehnles würdigten.

Der Abschied von Pfarrer Kiehnle fiel der Bevölkerung Seebachs auch insofern schwer, als man wußte, daß die Pfarrei Seebach aufgrund des großen Priestermangels keinen eigenen Pfarrherrn mehr erhalten werde. Mit Dankbarkeit nahm man aber die Mitteilung entgegen, daß Dekan Ehrenfried Still, der Pfarrer der benachbarten Gemeinde Ottenhöfen, am 1. Oktober 1987 vom Erzbischof zum Pfarradministrator der Pfarrei Seebach ernannt worden war. Dekan Still betreut seither zusammen mit seinem Kaplan die Pfarrei Seebach zur Zufriedenheit aller.



*Die Pfarrer Kiehnle, Fuchs und Still am Altar der Pfarrkirche Seebach beim Gottesdienst anläßlich des Diamantenen Jubiläums von Pfarrer Fuchs.*



# *V. Die Seebacher Vereine in ihrer geschichtlichen Entwicklung*

*Musikverein*

Die Wurzeln des Musikvereins Seebach liegen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, genauer gesagt im Jahre 1866. Zusammen mit mehreren blasmusikbegeisterten Bürgern von Ottenhöfen und Furschenbach gründeten einige Musikfreunde aus Seebach am 4. November 1866 in Ottenhöfen die „Musikgesellschaft Kapplerthal".[1] Als die Genehmigung des Landeskommissars von Karlsruhe zur Vereinsgründung vorlag (Februar 1867), schafften die Aktiven des Vereins die ersten Instrumente an und begannen mit der Probenarbeit, die laut Statuten in Ottenhöfen und Seebach von einem Musiklehrer durchgeführt wurde.

Die „Musikgesellschaft Kapplerthal" scheint im endenden 19. Jahrhundert ihre Aktivitäten eingestellt zu haben, denn noch vor der Jahrhundertwende formierte sich im Seebacher Ortsteil Markteich eine kleine Holzhauerkapelle, die sogenannte Dobelmusik.[2] Sie war zunächst eine lose Vereinigung von Musikanten unter der Leitung von Franz Herrmann, die immer dann in Erscheinung trat, wenn irgendwelche feierlichen Anlässe gegeben waren, seien es Familienfeiern, Hochzeiten, kirchliche Feste u.a.m. Die Dobelmusik wurde dabei oft verstärkt von Blasmusikern aus dem benachbarten Ottenhöfen.

Einen offiziellen Rahmen gaben sich die 18 Seebacher Blasmusiker im Jahre 1907, indem sie den „Musikverein Seebach" gründeten. Im Alt-Adler-Wirt Karl Maier fanden sie einen großen Förderer ihres Vereins, denn er war es, der 516 Goldmark zur Anschaffung von Musikinstrumenten vorstreckte. Als Dirigent fungierte zunächst der auch für die Musikkapelle Ottenhöfen tätige Romuald Knapp, der den Dirigentenstab jedoch bald an den bereits erwähnten Franz Hermann abgab.

Unter der Leitung von Franz Herrmann wurde im Musikverein tüchtige Aufbauarbeit geleistet, die jedoch im August 1914 jäh unterbrochen wurde: 14 der 18 aktiven Musiker wurden zum Kriegsdienst eingezogen; sieben von ihnen kehrten nicht mehr aus dem Krieg zurück.

1) StA Fr. 346/1369; vgl. H.M. Pillin, Geschichte Ottenhöfens, Bd. II, 1988, S. 185
2) Näheres zu folgendem u.a. in Festschrift „75 Jahre Musikverein Seebach"; 1982, S. 20 ff., Vereinsakten